Namslauer Stadtblatt

49. Jahrgang. **Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden** Fernsprecher 224.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich **zweimal: Mittwoch** und **Sonnabend** und kostet in der Geschäftsstelle 5,75 Mk., in den Verkaufsstellen 6,00 Mk., durch die Post bezogen 6,30 Mk. vierteljährlich.
Einzelne Nummer 25 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 50 Pf.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Beitreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die **einspaltige** Korpuszeile oder deren Raum 1,25 Mk., für Auswärtige 1,50 Mk., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die zweispaltige Petitzeile 3,00 Mk. — **Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor.** Für Anzeigen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

Nr. 92 | Verantwortlich für Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Sonnabend, den 19. November. | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | **1921**

Das Fest der Toten.

Von Studienrat Schönfeld-Oels.

Kann man an Gräbern Feste feiern? Nicht die üblichen Leichenfeiern mit ihren oft so hohlen Redensarten, sondern Feste, bei denen die Ehre der Toten den Schmerz des Abschiedes überbietet, erhebende, befreiende Feiern, nach denen du aufstehst und hingehst als neuer Mensch, versöhnt mit seinem Schicksal! Wer sind die Toten, deren Leben solcher Ehre würdig war? Unwillkürlich denkt man an die Gefallenen des Weltkrieges. Ihrer zu gedenken, ist freilich eine sittliche Pflicht aller, die den deutschen Namen tragen. Es ist recht, daß man ihnen Denkmäler von Stein und Erz errichtet. Aber wir fragen uns, ob das alles genügt, ob es die richtige Art zu feiern ist.

Ich stand vor fünf Jahren auf einem Ehrenfriedhof in Flandern. Da lagen sie, die mit dem Deutschlandliede auf den Lippen in den eisernen Hagel hineingegangen waren. Hochzupreisen ist der Heldengeist dieser Jünglinge, die ein schweres Geschick in der Blüte der Jugend vor das grausigste Erlebnis gestellt hat; denn über die Maßen entsetzlich, von einer menschlichen Feder nicht zu beschreiben ist der Schrecken der Feldschlacht. So riß es sie hin, jäh und rauh, und das Lied erstarb auf ihren Lippen, denn der grimme Tod griff in die Saiten ihres Harfenspiels. Für den Soldaten, der wissend, mit klaren Augen den Tod im Felde geschaut, erscheint ihr Sterben nicht so sehr als Heldentum des Einzelnen — er macht keine schönen Redensarten —, als vielmehr wie ein Opfer im großen Reigen, im wahllosen Stürzen des Lawinenbruches, im Weltgericht des Weltkrieges. Gewiß ist ihr Andenken Sache des Volkes: Für den Einzelnen nur, wenn er den oder jenen gekannt hat. So stehen wir wieder vor der Frage: Wo sind denn die Leute, an denen Gräbern wir Feste feiern können, die das dunkle Tal als Sieger durchschritten haben. Unter den Menschen gibt es niemand, der das aus eigener Kraft zu erreichen vermag. Denn wir stehen alle unter die Furcht des Todes gebannt. Selbst der Altmeister Goethe konnte seine Lebenskunst nur aufrecht erhalten, indem er alles aus seiner Nähe verbannte, was an Sterben und Vergehen erinnerte. Wir müssen uns, es gibt keinen anderen Weg, einer Macht über uns versichern, die unserem Leben den ewigen Sinn verleiht. Liebe ist stark wie der Tod! Oft rühmt man von einem Gestorbenen, daß er von vielen geliebt worden ist. Man sollte lieber fragen, wieviel er geliebt hat Wir haben das Lieben verlernt, darum ist unser Leben so arm, daß das Ende förmlich ein Bankerott ist Jene Liebe fehlt uns, die nicht sich selber sucht, sondern allein, was des andern ist. Ist die rücksichtslose wirtschaftliche Ausbeutung im geschäftlichen Leben etwa Liebe? Sind die Parteien etwas anderes als planmäßige Selbstsucht? Nein, es leuchtet uns im Dunkel der Gegenwart kein anderer Stern, es gibt nur einen, der uns von uns selber lösen kann, sodaß wir selbstlos zu lieben vermögen: Das ist der Gottessohn, hochgelobt in Ewigkeit Wer ihn hat, der hat das Leben, ob er gleich stürbe, aus dessen Grabhügel blühen wieder die Rosen und Lilien unverwelklicher Hoffnung.

Die Herren der Welt.

Zur Eröffnung der Konferenz von Washington.

Am Sonnabend hat Präsident Harding die Konferenz in Washington mit einem Gebet und mit einer Ansprache feierlich eröffnet. Sie kann der Ausgangspunkt einer politischen Neuorientierung der Weltpolitik sein und insofern zieht sich eine gerade Linie von dem Vertrage von Versailles zu dieser Konferenz. Versailles war in der Hauptsache europäisch orientiert, soweit die übrige Erde in Frage kam, wurde sie nur unter dem einen Gesichtspunkt behandelt, daß es galt, das Erbe der zerschlagenen deutschen Großmacht zu verteilen. Seither aber sind drei Jahre vergangen. Die Reibungen in der Weltpolitik sind seit der Ausscheidung Deutschlands nicht geringer geworden. Nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa hat den Weltkrieg verloren. Der Schwerpunkt der Weltpolitik scheint sich von London nach Washington zu verschieben.

Es sind außereuropäische Probleme, die in der jetzigen Konferenz zur Beratung stehen. Die Vereinigten Staaten haben diese Konferenz einberufen, um sich endlich die Ziele zu sichern, um derentwillen sie in den Weltkrieg eingriffen. Diese Ziele sind erstens: Unumschränkte Vorherrschaft der Vereinigten Staaten in ganz Amerika. Kanada und mithin England stehen bisher diesem Ziel im Wege. Zweitens: Sicherung der amerikanischen Küste gegen die Einwanderung aus dem übervölkerten Japan. Drittens: Die Freiheit der Meere. Hierunter versteht man in Washington die Beseitigung des englischen Kaper-Rechtes. Amerika braucht die Freiheit der Meere, um über den Stillen Ozean hinweg nach den riesigen Ländermassen Ostasiens herübergreifen und sie wirtschaftlich ausbeuten zu können. Nicht nur China, sondern auch Sibirien ist das Ziel der wirtschaftlichen Ausdehnung Amerikas, daher sein Bestreben Rußland zu retten und wieder aufnahmefähig zu machen. Aber zunächst müssen sich die Vereinigten Staaten mit England und Japan auseinandersetzen. Eigentlich sind es nur diese drei Mächte, die auf der Konferenz von Washington gegen einander stehen.

Die Vereinigten Staaten sind zweifellos im Stillen Ozean für die Japaner ein übermächtiger Gegner geworden und auch in Tokio ist man längst zweifelhaft daran geworden, ob man sich nicht durch die Beteiligung an dem Kampf gegen Deutschland nur um Klautschous willen auf die falsche Seite gelegt hat. Gewiß, Japan hat inzwischen seinen Einfluß in China verankern können; es hat glänzend verstanden, die spärliche Unterstützung, die es den europäischen Westmächten zuteil werden ließ, für teure Konzessionen zu verkaufen, aber nach dem Friedensschluß ist es doch böse isoliert gewesen. Jetzt sieht sich Japan vor der Gefahr, daß ihm seine Vormachtstellung in China und Sibirien auf der „Abrüstungskonferenz" wieder genommen wird; darum hat die japanische Presse den ganzen Konferenzgedanken aufs schärfste bekämpft. England möchte aus dem ganzen Streit trotz seines Bündnisvertrages mit Japan am liebsten herausbleiben, eben weil es die Unterstützung der Vereinigten Staaten in Europa braucht.

Als Realpolitiker werden die Japaner die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage längst erkannt haben und werden auch bereit sein, die Folgen daraus zu ziehen. Allein sind sie nicht mehr stark genug, um einen Krieg gegen die Vereinigten Staaten zu führen, ihre ganze Politik kann also nur darauf gerichtet sein, der amerikanischen Zange zu entgehen und jede einzelne Position zähe zu verteidigen, um wenigstens möglichst viel von dem Raume zu behalten. An eine Kriegsgefahr im Stillen Ozean kann man nicht glauben, und es wäre gut, wenn Deutschland jeden solchen Faktor aus seiner Rechnung ausschaltet. Japan ist der Schwächere, es bleibt ihm also daher nichts anderes als Nachgiebigkeit; und nur von dem Auftreten der Vereinigten Staaten wird es abhängen, wie groß die japanische Niederlage sich abzeichnet.

Das sind die eigentlichen politischen Probleme, um die der Streit geht. Die Frage der Abrüstung zu Wasser und zu Lande ist eigentlich nur die Etikette, hinter der sich der Machtkampf versteckt. Auch der Wettlauf zwischen Frankreich und England wird in Washington weiter ausgetragen werden. Frankreich wird, ebenso wie Italien, auf der Konferenz zunächst nur die Rolle des armen Vetters spielen, aber es darf auf manche Gelegenheit hoffen, im Streit der eigentlichen Weltmächte das Zünglein an der Wage zu bilden. Deutschland, das man gar nicht erst eingeladen hat, wird in seiner Hilf- und Wehrlosigkeit wieder das Opfer sein, auf dessen Kosten die Großen der Welt sich einigen.

Die Rede Stresemanns.

Am Sonntag hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann in dem mit schwarz-weiß-roten Fahnen festlich geschmückten Zirkus Busch in Breslau eine mit großem Beifall aufgenommene Rede über die politische Lage. Im ersten Teile seiner Rede beschäftigte sich Stresemann mit der

auswärtigen Politik.

Als der Friede von Versailles geschlossen wurde, haben die Feinde mit einem Rechtsbruch begonnen, das deutsche Volk zu unterdrücken, und diese Politik führen sie auch jetzt noch fort In den Bedingungen des Versailler Friedensvertrages stand nichts von all den finanziellen Verpflichtungen, die man heute von uns verlangt. Es war nur die Rede vom Ersatz der Zivilschäden und den durch den U-Bootkrieg vernichteten Werten. Als man vor dem Abschluß des Friedensvertrages stand, hat niemand daran gedacht, daß Städte, die zu 85 v. H. oder wie Danzig zu 95 v. H. deutsch sind, auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes von Deutschland losgerissen werden dürften. All das, was heute von uns verlangt wird, fußt nicht auf einem Uebereinkommen, das von beiden Seiten freiwillig anerkannt worden ist, sondern auf

Erpressungen schlimmster Art.

Kein Deutscher wird aufhören, gegen die Entscheidungen über Oberschlesien zu protestieren. Die drei großen Grundlagen unserer Wirtschaft sind bedroht. Das Saargebiet ist in der Hand der Franzosen, das Ruhrgebiet liegt im Feuerbereich ihrer Kanonen und Oberschlesien ist den Polen zugesprochen worden.

Wenn wir gegen den Raub Oberschlesiens protestieren, so denken wir dabei nicht in allererster Linie an den Verlust wirtschaftlicher Güter, sondern daran, daß wir mit dem Industriegebiet Oberschlesiens deutsche Stammesgenossen und einen wichtigen Teil deutscher Kultur aufgeben sollen. Wenn man sich die Folgen dieses Rechtsbruches vergegenwärtigt, dann muß man zu der Ansicht kommen, daß man gar keine Volksabstimmung erst zu machen brauchte.

Der Redner gab dann einen kurzen Rückblick auf die Vergangenheit. Er wies darauf hin, daß sich ein großer Teil des deutschen Volkes durch die Phrasen von der Völkerverständigung und Abrüstung dazu habe verleiten lassen, an die Ehrlichkeit der früheren Gegner zu glauben, und die Waffen niederzulegen. Was ist von alledem geblieben? Es gibt wohl heute kaum noch einen Sozialisten, der nicht zugeben würde, daß der Kampf des Verbandes in Wirklichkeit nicht dem kaiserlichen Deutschland, sondern dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit gegolten hat. (Lebhafter Beifall.)

Auch auf die Schuldfrage

ging Dr. Stresemann kurz ein. Er wies darauf hin, daß die eigentliche Ursache zum Kriege in dem lebhaften Wettbewerb des deutschen Handels und der Industrie gegeben war, der den Neid der anderen Völker erweckte. 1913 hatte das Deutsche Reich bereits die zweite Stelle des Welthandels inne, und wäre der Krieg nicht gekommen, so hätten wir wohl bereits heute England überflügelt. Nur ab und zu bemerkt man im deutschen Volke ein Aufzucken des richtigen Empfindens dieser Frage gegenüber. „Sorgen Sie im Osten Deutschlands dafür, daß, wie schon einmal in schöneren Tagen, von hier aufs neue die Wiedergeburt des rechten nationalen Empfindens ausgehe."

Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen über die auswärtige Politik ging der Redner auf einige besonders wichtige sachliche Fragen ein. Er wies darauf hin, daß die Reparationskommission seit einigen Tagen in Berlin weilt, um unsere Zahlungsfähigkeit zu prüfen. Es ist genau so töricht, zu sagen: Wir brauchen nicht zu zahlen, als wenn man die Höchstsumme an Kriegsentschädigungen, die unser Land aufzubringen vermag, überschreiten will. Nachdem die Verhandlungen in London gescheitert waren, hatte die Entente Deutschlands Kriegsentschädigungen einseitig festgesetzt. Wie amtlich mitgeteilt worden ist,

hat Deutschland jährlich 3½ Goldmilliarden zu zahlen.

Eine Goldmilliarde soll bereits pünktlich und glatt bezahlt worden sein. Es ist ein sträflicher Leichtsinn, daß von der Regierung nichts getan wurde, um das eigene Volk und das Ausland darüber aufzuklären, unter welchen schwierigen Umständen diese Summe aufgebracht worden ist. Sie ist nicht mit deutschem Golde beglichen worden, sondern es mußten Kredite im Auslande aufgenommen werden, die mit einem hohen Zinsfuß am 31. Dezember 1921 fällig sind. Was sind die Folgen dieser ersten Zahlung? Durch die im Ausland aufgenommenen Kredite und den Aufkauf von Devisen ist der Wert der ausländischen Valuta ungeheuer gestiegen, während der Wert unserer Mark immer tiefer gesunken ist.

Jeder Staat hat dreierlei Machtgrundlagen: Erstens seine Armee und seine Flotte, zweitens den nationalen Einheitsgedanken, und drittens seine Volkswirtschaft und ihre Bedeutung als Produzent und Konsument. Unsere Armee und Flotte ist dahin, während der Verband bisher nicht daran gedacht hat, seine Truppenkontingente zu vermindern. Alle diejenigen, die so scharfe Worte gegen den preußischen Militarismus gefunden haben, denken auch jetzt noch nicht daran, gegen den Militarismus der anderen zu sprechen. Und doch war unsere allgemeine Wehrpflicht auf einem wahrhaft demokratischen Prinzip aufgebaut. Die allgemeine Wehrpflicht ordnete das kleine Ich dem großen Ganzen der Volksgemeinschaft unter, während man jetzt nur noch daran denkt, das Ich hervorzukehren und den Staatsbegriff hintenan zu stellen. Die Erinnerung an unsere alte Armee kann uns niemand rauben und es ist ein trauriges Zeichen, daß die größten Lobredner des alten deutschen Heeres nicht Deutsche sind, sondern neutrale Ausländer.

Der zweite Machtfaktor, die nationale Einheitsfront, ist bisher nicht erreicht worden. Man hat protestiert vor Versailles, vor der Entscheidung über das Ultimatum und bei dem Raub an Oberschlesien, aber der einheitliche nationale Wille hat nicht standgehalten. So bleibt uns als einzige Waffe nur noch unsere Wirtschaft. Da wir durch den Tiefstand unserer Mark so viel exportieren können, herrscht bei uns die geringste Arbeitslosigkeit und eine erstaunliche Intensität unserer Arbeit. Daher taucht bei den Einsichtigen innerhalb des Verbandes schon jetzt die Frage auf, ob man diesen Wettbewerb Deutschlands aushalten kann. Aber die Markentwertung lastet auch auf der deutschen Wirtschaft. Immerhin ist uns die unzerstörte Wirtschaftskraft geblieben, der der einzige Machtfaktor ist, mit dem unsere Staatsmänner etwas ausrichten können.

Dr. Stresemann faßte seine Ausführungen über die auswärtige Lage in folgenden Forderungen zusammen:

1. die Reparationssumme ist in der Höhe, in der sie heute verlangt wird, von uns nicht zu leisten. 2. Neben der Herabsetzung der Reparationssumme muß die Klausel beseitigt werden, die die Zahlung in ausländischen Devisen vorsieht. 3. Wir müssen zurückkommen auf den Weg der internationalen Anleihe, damit die anderen Länder mit dazu beitragen, die durch den Krieg verursachten finanziellen Schäden mehr und mehr auszugleichen. Die Archive der anderen Völker müssen geöffnet werden, um die Schuldfrage, auf der alle Verträge fußen, zu lösen. Dies sollte die allererste Aufgabe des Auswärtigen Amtes sein, eine Gegenoffensive gegen die Schuldlüge in Angriff zu nehmen. Der Redner wies darauf hin, daß die Franzosen den wichtigsten Kern Deutschlands, nämlich Preußen, überall zu schwächen suchen und Preußens Gegner stärken wollen.

Im zweiten Teil seiner Rede ging Dr. Stresemann auf

die innenpolitische Lage

ein. Er verteidigte den Beschluß der Deutschen Volkspartei, in die Regierung einzutreten, damit, daß er darauf hinwies, daß es falsch sei, nur in der Opposition zu verharren. Der Einfluß der vier Millionen deutscher Volksparteiler müsse in die Wagschale geworfen werden. Es sei notwendig gewesen, eine Koalition mit den Linksradikalen in Preußen zu verhindern. Es stehe zu hoffen, daß auch die gemäßigten Deutschnationalen nicht mehr lange fern stehen werden. Mit dem Wunsche, daß sich das deutsche Volk bald wieder zu nationalem Denken einen werde, schloß Dr. Stresemann unter donnerndem Beifall seine große Rede.

Bekenntnis zu Deutschland.

Hilferuf gegen tschechische Raubabsichten.

Ratibor, 16. November. In den Gemeinden Haatsch, Owschütz u d Sandau haben am Sonntag gewaltige deutsche Kundgebungen und kraftvolle Proteste gegen eine Abtrennung dieser Ortschaften an Tschechien stattgefunden. Zu gemeinsamer Abwehr schloß sich die gesamte Bevölkerung in deutschen Interessengemeinschaften zusammen. In Sandau fand ein gewaltiger Umzug unter Vorantragen deutscher Fahnen und Absingen deutscher Lieder statt. Es wurde folgender Hilferuf erlassen:

An das deutsche Volk!

Die Tschechoslowakei will unsere drei Gemeinden rauben. In machtvoller Kundgebung haben wir uns in deutschen Interessengemeinschaften zusammengeschlossen und gegen diesen Raub protestiert. Wir rufen Euch, treue Volksgenossen, in unserer tiefsten Not um schleunige Hilfe an, uns in der Erlangung unseres guten Rechtes, bei Deutschland zu bleiben, zu unterstützen.

Namens der gesamten Bevölkerung die Gemeindevorstände: Siara (Haatsch), Kaschny (Sandau), Horak (Owschütz).

An den Reichskanzler ging folgendes Telegramm:

In heutiger machtvoller Kundgebung haben sich Haatsch, Owschütz und Sandau in deutscher Interessengemeinschaft zusammengeschlossen und protestieren energisch gegen Tschechiens Absicht, sie zu rauben. Sie fordern nachdrücklichst Beistand. Versagt die Regierung, dann werden sie ihr gutes Recht, bei Deutschland zu bleiben, selbst verteidigen. Im Namen der gesamten Bevölkerung die Gemeindevorstände: Siara (Haatsch), Kaschny (Sandau), Horak (Owschütz).

Gleiche Telegramme sind an die deutschen Bevollmächtigten, an die feindliche Kommission und den Völkerbund gegangen.

Die Herren der Welt unter sich.

Es stellt sich immer mehr heraus, daß die Abrüstungskonferenz in Washington eine Konferenz der fünf Großmächte Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan ist, und daß diese fünf Großmächte die Herren der Welt spielen und daß der Rat der fünf Ministerpräsidenten wieder den Obersten Rat darstellt und über alle Beschlüsse der von der Konferenz eingesetzten Kommissionen zu entscheiden hat. Obwohl nun scheinbar die beteiligten Großmächte dem von Amerika aufgestellten Abrüstungsprogramm in bezug auf die Stärke der Kriegsflotten schon zugestimmt haben, so hat doch schon bereits sich herausgestellt, daß Amerika mit seinem Flottenabrüstungsprogramm einen scharfen Druck auf England und Japan ausüben will, und daß die angebliche Freude Englands und Japans über das Abrüstungsprogramm eine Heuchelei ist, damit die Konferenz in Washington nicht gleich bei Beginn wieder auseinanderfällt. So kommt jetzt schon aus Washington die Meldung, daß der amerikanische Kongreß entschlossen sei, sofort bei der amerikanischen Regierung den Bau von 14 Großkampfschiffen zu beantragen, wenn das amerikanische Abrüstungsprogramm nicht genehmigt werde. Der Präsident der Marinekommission des amerikanischen Abgeordnetenhauses habe in dieser Hinsicht seiner Auffassung bereits einen klaren Ausdruck gegeben. Nun berichtet aber die Londoner „Times" aus Tokio, daß die japanische Regierung bereits Gegenvorschläge in der Abrüstungsfrage an die Vertreter Japans auf der Abrüstungskonferenz gerichtet habe. Japan fühle sich durch die Vorschläge Amerikas benachteiligt und Japan müsse um eine Erhöhung der ihm erlaubten Zahl der Großkampfschiffe bitten. Ferner erfährt man, daß der Vertreter Englands auf der Abrüstungskonferenz, der Minister Balfour, zwar grundsätzlich den amerikanischen Vorschlägen zugestimmt habe, daß er aber am liebsten die Unterseeboote ganz beseitigt sehen möchte, denn der letzte Krieg habe gezeigt, daß die ursprünglich nur zur Verteidigung bestimmten Unterseeboote auch eine äußerst gefährliche Angriffsmasse sein werden. England verlange daher, daß der Bau von großen Unterseebooten überhaupt verboten werden müsse. Nur mit größtem Schrecken dächten die Verbandsmächte noch an die Angriffe der großen deutschen Unterseeboote. Die amerikanischen Abrüstungsvorschläge werden daher jetzt in allen englischen Kreisen als sehr lückenhaft bezeichnet und ein Ausschuß von 50 Marinesachverständigen soll die noch vorhandenen Probleme der Abrüstung prüfen. Frankreich steht aber bereits unter der Sorge der Abrüstung zu Lande und der französische Ministerpräsident Briand hat bereits in einer in Washington gehaltenen Rede festzustellen gesucht, daß Frankreich, welches bekanntlich jetzt das größte Landheer der Welt besitzt, nur ein ausreichendes Heer unterhalte, um seine Interessen schützen zu können.

Maßnahmen gegen den Ausverkauf Deutschlands.

Vom Reichswirtschaftsministerium wird nachstehende Zusammenfassung der vom Reichswirtschaftsministerium gegen den Ausverkauf Deutschlands getroffenen und beabsichtigten Maßnahmen veröffentlicht:

1. Die Landesfinanzämter sind angewiesen worden, die von ihnen für den kleinen Grenzverkehr gewährten Ausfuhrerleichterungen einer sofortigen Nachprüfung zu unterziehen und ihre Zurückziehung vorzunehmen, soweit die veränderte Wirtschaftslage es erfordert.

2. Der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung hat seine örtlichen Aufsichtsbeamten beauftragt und ermächtigt, die von ihm erteilte Ermächtigung, die Ausfuhr gewisser Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen, für den kleinen Grenzverkehr außer Kraft zu setzen. Wo derartige Beauftragte nicht vorhanden sind, hat der Reichskommissar die Außerkraftsetzung selbst vorgenommen, soweit es zur Abstellung von Mißständen erforderlich war.

3. Der Reichskommissar hat die Zurückziehung der den Ladengeschäften einiger Grenzstädte zur Benutzung im kleinen Grenzverkehr erteilten Sammelausfuhrbewilligungen veranlaßt.

4. Da durch die unter Ziffer 2 erwähnte Zurückziehung der Ermächtigung des Reichskommissars die Ausfuhr gewisser Waren ohne Ausfuhrbewilligung zuzulassen, das Textilgebiet nicht berührt wurde, hat der Reichswirtschaftsminister durch Verordnungen für die gesamte Reichsgrenze die Ausfuhr aller Waren des 5. Abschnittes des Zolltarifes im kleinen Grenzverkehr ohne Bewilligung der zuständigen Stellen (Reichstextilstelle usw.) verboten.

5. Zur Verhinderung der Entblößung der Ladengeschäfte von Gegenständen des täglichen Bedarfs durch reisende Ausländer auch im Innern des Reichsgebietes hat der Reichswirtschaftsminister zur Sicherung der Bedarfsdeckung der inländischen Bevölkerung ein allgemeines Verbot der Ausfuhr von Gegenständen des täglichen Bedarfs im Reiseverkehr erlassen. Die bisherigen Ausfuhrerleichterungen für den Reiseverkehr sind, soweit sie diesem Verbot widersprechen, aufgehoben.

6. Ein umfangreicher Erlaß allgemeiner Ausfuhrverbote unterliegt zurzeit der Prüfung der zuständigen Stellen. Dem Erlaß solcher Verbote stand bisher die Haltung der interverbündeten Rheinlandkommission entgegen, welche ihre Ausdehnung auf das besetzte Gebiet ausschloß und sie damit zur Unwirksamkeit verurteilte.

7. Schließlich hat das Reichsfinanzministerium für Verstärkung der Grenzüberwachung in den gefährdeten Grenzstrecken durch Heranziehung von Zollbeamten aus dem Innendienst gesorgt.

Die Beratungen auf der Washingtoner Konferenz.

Das größte Ereignis auf der Abrüstungskonferenz in Washington besteht darin, daß bereits am ersten Sitzungstage der Konferenz der Staatssekretär Hughes im Namen Amerikas ein ganz bestimmtes Programm für die Abrüstung zur See aufgestellt und dafür auch eine sehr eindrucksvolle große Rede gehalten hat. Danach soll England künftig nur 22 Großkampfschiffe besitzen, Amerika 18 Großkampfschiffe und Japan nur 10 Großkampfschiffe. Zugleich verlangt das amerikanische Programm für die Abrüstung die Einstellung des Baues neuer Kriegsschiffe auf die Zeit von 10 Jahren. Ferner stellt das amerikanische Programm die Forderung auf, daß auch alle Hilfsschiffe und Unterseeboote, sowie Seeflugzeuge im Bau eingeschränkt werden sollen. Die Amerikaner sind für ihre Vorschläge begeistert, und da England das Uebergewicht zur See zuerkannt worden ist, so ist die Annahme dieses Programmes wahrscheinlich.

WTB. **London,** 17. November. Von maßgebender Seite verlautet aus Washington, daß die Vorschläge des chinesischen Gesandten Sze auf der gestrigen Sitzung des Ausschusses für die Fragen des fernen Ostens eine moralische Unterstützung der amerikanischen Delegation haben. Die Mitglieder der französischen Delegation sind der Ansicht, daß diese Vorschläge eine geeignete Grundlage zur Erörterung aller Fragen des fernen Ostens bedeuten. Man nimmt an, daß die chinesische Delegation bald die Gelegenheit ergreifen wird, um eine besondere Regelung ausstehender Fragen, wie z. B. der Schantungfrage, der mongolischen und der mandschurischen Fragen, sowie aller anderen strittigen Probleme vorzuschlagen. Der italienische Vertreter, Schanzer, erklärte, die Italiener würden jede Lösung unterstützen, die die freie Entwicklung Chinas nicht hindere und die Gleichberechtigung der verschiedenen Nationen in China gewährleiste.

WTB. **Paris,** 17. November. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Washington gibt eine Analyse der Erklärung der chinesischen Delegierten über das Problem des fernen Ostens. Er habe der zuständigen Kommission erklärt, daß China folgende Bedingungen stelle: 1. Die Mächte verpflichten sich, die territoriale und politische Integrität, sowie die administrative Unabhängigkeit der chinesischen Republik zu respektieren. China seinerseits ist bereit, die Verpflichtung zu übernehmen, keine Gebiete zu veräußern oder zu verpachten und diese Bestimmung auch auf die Küste auszudehnen. 2. China erkennt die Grundsätze der offenen Tür an. Es ist bereit, diesen Grundsatz auf alle Teile der chinesischen Republick ausnahmslos anzuwenden.

Demokratischer Parteitag in Bremen.

Der dritte ordentliche Parteitag der Deutschen demokratischen Partei begann in Bremen am Sonnabend vormittag mit einer Ansprache des Parteivorsitzenden Dr. Petersen. In der folgenden Bürowahl wurde von Payer zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Dr. Petersen führte in seinem Referat über die politische Lage unter anderem folgendes aus:

Das abgelaufene Jahr war ein Jahr der Entradikalisierung. Dank der Ordnungsliebe unseres Volkes sind wir vor russischen Zuständen bewahrt geblieben. Das ist das Verdienst der Demokratie. Die Lehre von Görlitz sei auch für die Demokraten beachtenswert. Die Taktik der Demokraten dürfe nicht durch Beschlüsse der Partei festgelegt werden. Begrüßenswert sei das Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur Koalition der Mitte. Das letzte Jahr war reich an Entwicklungen. Die Hauptaufgabe sei, das Volk für die Beschlüsse zu gewinnen. Redner wandte sich dann gegen die Taktik der Sozialdemokratie, die als Klassenpartei nicht in der Lage sei, große moralische Eroberungen für die Republik zu machen. Zum Steuerproblem vertrete die Partei die Meinung, daß die Besitzenden bis zur Grenze des Möglichen besteuert werden sollen, daß diese Maßnahme aber nur eine vorübergehende sein könne. Notwendig sei die Stabilisierung der Mark. Hinsichtlich der Entstaatlichung der großen Betriebe bemerkte der Redner, daß die Demokraten sich verbitten müßten, den Staat von einer besonderen Klasse wie einen faulen Schuldner behandeln zu lassen. Zur oberschlesischen Frage führte er aus, daß der Vorstand der Partei sowie die demokratischen Mitglieder des Reichstages und in den Ländern eine ungünstige Entscheidung als unannehmbar bezeichnet haben. Das Kabinett, das sich so oft feierlich festgelegt habe, hätte zurücktreten müssen. Die neue Regierung wäre dieselbe wie vorher, und man hätte ihr erst recht kein Vertrauensvotum geben können. Man hätte das in der Presse und in der Oeffentlichkeit nicht verstehen können. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen unsere schwierige verantwortungsvolle Entscheidung getroffen. (Stürmischer Beifall.) Es folgte ein Referat von Dr. Walter Rathenau über das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft.

Bremen, 12. November. Auf dem deutschdemokratischen Parteitage sprach Dr. Rathenau über „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft". Er sagte u. a.:

Die Stimmung bei unseren früheren Gegnern ist nicht einheitlich. Die fremden Staatsmänner müssen mit ihren Parlamenten rechnen, die immer noch auf den Krieg eingestellt sind. Optimismus hat keinen Zweck in unserer Lage. Der Verlust Oberschlesiens hat einen großen Teil des wirtschaftlichen Kredits Deutschlands im Auslande verdorben. Die Weltwirtschaft war ein geschlossener Organismus, bei dem sich Arbeitende und Konsumierende in die Hände arbeiteten. Dieser Organismus ist zerbrochen. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes kann noch lange dauern. Den Verbündeten müssen wir klarmachen, daß wir nur vorwiegend Sachlieferungen leisten können. Der Weg der Goldleistung versagt und kann nur unsere Währung weiter zerrütten. Der Export bringt leider nicht die Devisen, die man erwartet. Die Auslandsmärkte sind an der letzten Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit.

Ein ernster Einwand gegen das Sachleistungsprinzip ist der, daß der Staat, dem wir Sachleistungen liefern, damit

Fortsetzung in der Beilage.

Lokales.

?? **Namslau,** 18. November.

— **(Schlesischer Krankenkassentag.)** Die Vertreter der schlesischen Krankenkassen traten am vergangenen Sonntag mit der Arbeitsgemeinschaft schlesischer Versicherungsträger und Wohlfahrtseinrichtungen zu Breslau im Konzerthause zusammen, um zu dem Zusammenschluß aller schlesischen Krankenkassenverbände in der Arbeitsgemeinschaft Stellung zu nehmen. Die hiesigen Krankenkassen waren durch vier Vorstandsmitglieder vertreten. — Nachdem der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Landesrat von Legat, die Erschienenen, unter ihnen Oberpräsident Zimmer, begrüßt hatte, erörterte er in längerer Ausführung das Thema: „Welches Interesse haben die Krankenkassen an der Arbeitsgemeinschaft schlesischer Versicherungsträger und Wohlfahrtseinrichtungen?" Was die Friedenszeit in der Blüte unseres höchsten Wohlstandes nicht vermocht, das habe die Not vermocht, nämlich den engeren Zusammenschluß der Versicherungsträger Schlesiens zu einer Arbeitsgemeinschaft. Alle wollen mitarbeiten an der restlosen Ausnützung der sozialen gesetzlichen Einrichtungen zur Hebung der Not des deutschen Volkes. Leider ständen noch immer 441 Krankenkassen Schlesiens abseits dieser Arbeitsgemeinschaft. Diese zu gewinnen, sei der Zweck der Versammlung. Redner ging dann, um den Krankenkassen den Entschluß zum Beitritt zu erleichtern, auf die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft näher ein. Zunächst gelte es, Einrichtungen zu fördern, die sich die Heilung der Tuberkulose zur Aufgabe gemacht haben. Der Betrieb der Fürsorgestelle erfordert ganz bedeutende Mittel. Bisher habe die Landesversicherungsanstalt $^{3}/_{5}$ dieser Kosten bestritten. Dieselben reichen aber jetzt, wo die Kosten stetig wachsen, nicht mehr aus. Die Arbeitsgemeinschaft hat dazu bisher $1^{1}/_{4}$ Millionen beigesteuert. Um die Tuberkulosefürsorge zu fördern, will man pro Kassenmitglied 1 Mark erheben. Die Arbeitsgemeinschaft habe sich auch die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, der Wohnungsnot und die Sorge für die Kriegsbeschädigten zur Aufgabe gemacht. Weiter gelte es, Fürsorgerinnen und Helferinnen für das platte Land heranzubilden. Gemeinsame Verträge mit der Aerzteschaft und den Zahnärzten müßten abgeschlossen werden. Gemeinsame Schiedsgerichte sollen Zwistigkeiten zwischen Mitgliedern und Krankenkassen beilegen. Der Aufklärung der Versicherten solle durch Wort, Schrift und Bild besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Redner richtete den dringenden Appell an die Vertreter der Kassenvertreter, sich anzuschließen der Arbeitsgemeinschaft zum Heile unseres unglücklichen Volkes und zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes. — Das Gehörte löste eine lebhafte Aussprache aus, die sich in einer Entschließung verdichtete, die einstimmige Annahme fand. — Zum Schluß sprach Oberregierungs- und Medizinalrat Dr. Brücke—Berlin über „Reichsversorgungsgesetz und Krankenkassen".

— **(Zur 43. Hauptversammlung des Schlesischen Philologenvereins)** hatten sich vor einigen Tagen gegen 500 schlesische Philologen in der Aula des Matthiasgymnasiums zu Breslau zusammengefunden, um über die wichtigsten Standes- und schulpolitischen Fragen der Gegenwart zu verhandeln. Der 1. Vorsitzende, Oberstudienrat Dr. Klinke—Breslau erstattete, nachdem er die Anwesenden, unter ihnen den Vizepräsident des Provinzial-Schulkollegiums Dr. Schauenburg begrüßt hatte, den Geschäftsbericht des Vorstandes. Er gedachte hierbei des schmerzlichen Verlustes eines großen Teils von Oberschlesien durch das Genfer Diktat, und es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die 43. Hauptversammlung des Schlesischen Philologenvereins in Breslau erhebt in Rücksicht auf den deutschen Charakter der oberschlesischen Kultur, an der die Philologenschaft hervorragenden Anteil hat, Einspruch gegen die Lostrennung des oberschlesischen Gebietes. Wir übermitteln unseren Kollegen der schmerzgeprüften Ostmark die Zusicherung unverbrüchlichen Zusammenhaltens und treuester Unterstützung in allen Fragen, die die deutsche Kulturarbeit im Osten betroffen. Darauf be-

REINER WEINBRAND IN FRIEDENSQUALITÄT MARKE:

Goldstück

J. STÜCK-NCHF. A.G. WEINBRENNEREIEN HANAU a/M.

Für die uns aus Anlaß unserer **Hochzeitsfeier** erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir hiermit unseren **herzlichsten Dank.**

Namslau, im November 1921.

Franz Gurok u. **Frau Anni** geb. **Neitzig.**

Für die uns zu unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten **danken wir herzlich.**

Sarnau b. Kreuzburg, im November 1921.

Christian Hentschel und **Frau Berta** geb. **Tyrasa.**

Für die erwiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer **Hochzeitsfeier** sagen wir **herzlichen Dank.**

Ellguth, im November 1921.

Stellmachermstr. **Richard Jendretzke** und **Frau Berta** geb. **Niebisch.**

Statt Karten.

Für die uns aus Anlaß unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeiten danken wir hiermit herzlichst.

Glausche, im November 1921.

Georg Kirsch u. **Frau Else** geb. **Mücke.**

Heut Mittag 12¼ Uhr entschlief sanft nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden unsere liebe, gute Schwester, Schwägerin und Tante,

verw. Frau Rentier

Louise Reichelt

geb. **Wende**

im 67. Lebensjahr.

Im tiefsten Leid

Namslau Dt. Vorstadt, den 16. Nov. 1921,

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Sonntag nachm. 2 Uhr vom Trauerhause aus.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Mutter, unserer Grossmutter, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank Herrn Pastor Peschel für die tröstenden Worte am Grabe, sowie der Gutsherrschaft Scholz und allen, die der lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Namslau, im November 1921.

Karl Selig nebst Familie.

Für die uns bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **Karl Sänger** bewiesene Teilnahme sagen wir allen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben, herzlichen Dank. Innigen Dank der sehr verehrten Herrschaft Frau Exzellenz von Garnier auf Eckersdorf, den Herren Pastoren Melz und Riebe für ihre trostreichen Worte, den Herren Rittergutspächter Muschner und Förster Scholz für ihre dem Verstorbenen erwiesene Wertschätzung und Unterstützung, sowie der Siechenhausschwester Auguste für ihre aufopfernde Pflege.

Namslau, im November 1921.

Familie Robert Sänger.

Einen **langen Frauen-Winter-Umhang,** Friedensware, hat preiswert abzugeben **Ring Nr. 18,** 2. Etage.

10—15 Paar Rasse-Tauben zu verkaufen. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Rettet die Kinder durch Kauf von Losen!

Kinder-Heilstätten-Lotterie

für lungenkranke Kinder.

Ziehung 16. und 17. Dezember.

2587 Gewinne im Gesamtwerte von Mk.

50 000 Hauptgewinn **25 000**

Lose zu 2,40 5 Lose 11,50. Porto und Liste 1,40 mehr.

11 Lose nur 25 Mk. verschiedene Tausende.

Originallose empfiehlt und versendet, auch gegen Nachnahme:

Lotteriebank R. Arndt

Breslau 5,

Neue Schweidnitzer-Strasse 2.

Postscheckkonto 2571.

Notgeld-Verkauf.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausmutz

Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

1922 Buch-

Marien-
Illustr. Familien-
Deutsche Volks-
Haus- u. Familien-
Kleine Notiz-
Buchhandl.

1922 Kalender

Gemittl. Schlesinger
Schles. Bauern-
Der Landmann
Deutsch. Reichsbote
Buch-Kalender
O. Opitz.

Minlos'sches Waschpulver

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich, wo nicht, wende man sich an

L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld.

Wer sparen muss mit seinen Kohlen läßt sich Persil zur Wäsche holen.

Geringer Kohlenverbrauch, da nur einmaliges viertelstündiges Kochen. Gröbte Waschwirkung, die Wäsche wird blütenweiß, frisch und duftig, wie auf dem Rasen gebleicht.

PERSIL

ist das beste selbsttätige **Waschmittel!** Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Ia Prima Maschinengarn,

schwarz und weiß auf Röllchen, **pro Röllchen 77 Pfg.** Solange Vorrat und nur gegen Nachnahme.

Hans Lachmann & Co.,

Leipzig, Nikolaistr. 10.

Gold spart,

wer **Süßstoff** verwendet.

Er ist gut, billig und bekömmlich!

1 H-Röschen (Süßkraft von 1 Pfund Zucker) nur 75 Pf.

1 Tablette = 1½ Würfel Zucker genügt für eine Tasse Kaffee, Kakao, Tee usw.

Schachtel mit 100 200 u. 500 Tabletten

Mk. 1,40 2,60 6,—

Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.

Mieterschutz-Verein Namslau.

Die **Mieterzeitung** ist von den Mitgliedern in der Buchhandlung **G. Hirsch, Ring,** abzuholen. **Der Vorstand.**

Lose

der **Schles.-Pferde-Lotterie** pro Stück 3.00 Mark sowie der **Kinder-Heilstätten-Lotterie** pro Stück 2.40 Mk. empfiehlt u. versendet p. Nachnahme

Gustav Gaul

Zigarren- u. Zigaretten-Spezial-Geschäft

Namslau, Wilhelmstraße 8. Telefon 183.

Pferdebesitzer!

Wir stellen einen von uns **beliehen** gewesenen Posten **Pferdegeschirre und Geschirrteile** jeder Art zum Verkauf. **Seltene Gelegenheit z. reellen, sehr billigen Einkauf.** Anfragen an die **Kaufmännische Vereinsbank, Berlin,** Brückenstrasse 6a.

Leere Kisten

u. Versandkartons hat ständig billig abzugeben

G. Gaul

Zigarren-Geschäft

Wilhelmstraße 8.

Telefon 183.

Klein. Hausgrundstück

in Namslau od. Umgegend sofort zu **kaufen** gesucht.

M. Glomb,

Scharley, Feldstr. 1.

Gardinen

größte Auswahl

Tüll-Bettdecken

verkauft zu allbekannt billigsten Preisen.

Maria Leder,

Sächs. Gard.-Spez.-Handlg.

Luisen-Platz 14, I,

Breslau, am Zirkus.

Kein Laden.

Neu. Achtung! Neu.

Alte Damen- und Herrenhüte werden wie neu, wenn dieselben gereinigt, gefärbt u. auf neue Fasson umgepreßt werden. Annahmestelle Fräulein **Horn, Hospitalgasse 2,** Toreingang. **Breslauer Stroh- u. Filzhut-Umpreß-Anstalt G. Nitschke,** Sternstraße 77.

Bruchkranke

können ohne Operation und Berufsstörung geheilt werden. Sprechstunden in **Namslau** Hotel „zur Gold. Krone" am **24. Nov., von 9—1 Uhr.**
Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Als mod. Schneiderin

für saubere und schnelle Arbeit empfiehlt sich
Frau Kruczek, Langestr. vorm. Drescher Lokal.

Spielkarten

empfiehlt **O. Opitz.**

Felle

aller Art, **Roßhaare, Kuh- u. Schweinshaare, Schafwolle, Hörner, Rinderklauen, Blasen, Därme, Magen** u. dergl. kaufen
Gutsche & Co., Breslau 1, Ursulinerstr. 19/20, Ecke Stockgasse. Tel. Ohle 1171 u. 6295

Für Flechten-Kranke!

Knoten-, Ring-, Eiter- und Bartflechte, auch veraltete Leiden, heile ich unter Garantie mit meinem vielbewährten **Flechtenheil** in 8—14 Tagen. Zahlreiche Dankschreiben. Eine Flasche genügt. Preis 25 Mark.
F. Müller, Heilkundiger, **Bremen**
Große Krummenstr. 23. Sprechstunden: 9—10 u. 3—4 Uhr.

Landwirtschaftliche Kalender

Mentzel & v. Lengerke

Notizen 1 Seite und 1/2 Seite

vorrätig

Buchhandl. O. Opitz.

Schwarzbunte
Herdbuch-Bullen
aus **milchreicher Herde verkauft**
Dom. Hönigern
Kr. Namslau.

Zum **Bau von Starkstromleitungen** werden

10 Arbeiter

gesucht. — Meldung sofort bei nachstehender Stelle.
Namslau, den 17. November 1921.
Kreisarbeitsnachweis.
Dr. Jackisch.

Unverheirateten Kutscher

mit Landwirtschaft vertraut, sucht zum baldigen Antritt
Hegemeister Hillmann,
Forsthaus Namslau.

Fräulein

für mein **Kontor** findet Anstellung.
Oscar Tietze.

Kutscher

für **sofort gesucht.**
Oscar Tietze.

Ord. Dienstmädchen

zum Antritt für 1. Januar 22 gesucht.
Frau Brauereidirektor **Melz.**

Jagdhund.

5 Monate alter, schwarzbr. Hühnerhund **zu verkaufen.** Näheres in der Exp. d. Bl.

Unfall-Anzeigen,
Miets-Verträge
für Wohnräume etc.,
Bestimmungen
der Gewerbe-Ordnung
für kleinere Betriebe
erhältlich in der
Buchdruckerei O. Opitz.

Ferkel

hat abgegeben
Pfarrei Eckersdorf.

Junge Hunde

(gute Rattler) abzugeben. Zu erfr. in der Exp. d. Bl.

Eigenhandel treibt und uns auf dem Weltmarkt Konkurrenz macht. Diese Gefahr kann vermieden werden, wenn wir unsere Waren an Stellen liefern, von denen sie nicht einen Weg in den Welthandel finden. Es wäre ein Fehler, die Reparationsleistung als etwas für uns rein Negatives zu betrachten. Es ist etwas Großes für uns im Urteil der Welt, wenn wir es in die Hand nehmen, Europa wieder zur Ordnung zu verhelfen. Das ist die Mission Deutschlands. Das sind auch die Grundlagen des Wiesbadener Abkommens.

Die Verständigung mit Frankreich wurde verfolgt mit voller Kenntnis der englischen Regierung. Man hat gesagt, man habe England mit Wiesbaden verärgert; deshalb habe es uns in Oberschlesien im Stiche gelassen, das stimmt nicht; denn die englische Politik war in ihrer Haltung gegenüber Oberschlesien nicht frei. Sir John Bradbury, der zurzeit in Berlin weilt, hat in Besprechungen, die ich mit ihm hatte, erklärt, daß er den Weg von Wiesbaden für den richtigen halte. Wir werden auch mit anderen Staaten zu ähnlichen Verträgen kommen müssen, die nicht so schwer sein werden, weil es sich da nicht um zerstörte Gebiete handelt.

Die Passivität unserer Zahlungsbilanz ist das Grundübel, an dem wir leiden. Wir brauchen mehr, als wir produzieren. Die Kreditaktion der Industrie bedeutet eine große Opferwilligkeit, aber die Form, in der sie jetzt angeboten wird, ist zu bedauern. Bedingungslos hätte die Industrie ihre Hilfe geben sollen.

Wtb. **Bremen,** 13. November. Der deutschdemokratische Parteitag genehmigte einstimmig folgende Entschließung:

Die deutsche demokratische Partei ist als eine ausgesprochen republikanische Partei begründet worden. Zweck ihrer Gründung und Inhalt ihres Parteiprogramms ist die Verwaltung nationaler und sozialer Politik auf dem Boden der Demokratie. Eine solche Demokratie ist eine Notwendigkeit zur Erhaltung der Einheit des Volkes und zur Wiederaufrichtung des deutschen Vaterlandes. Unter den gegenwärtigen deutschen Parteiverhältnissen ist eine Regierungsbildung auf möglichst breiter Grundlage zur Verwirklichung dieses Zieles erstrebenswert. Der Parteitag begrüßt eine gründliche und offenherzige Aussprache über die künftige Politik der Partei und spricht der Reichstagsfraktion das Vertrauen aus.

Große Schwierigkeiten für die Kredithilfe.

Da die freien Gewerkschaften und der große deutsche Beamtenbund sich für die unbedingte Ablehnung der Bedingungen der Großindustrie für die von dieser geforderten Kredithilfe erklärt haben, und dabei sogar von dem deutschen Beamtenbunde und auch von allen sozialdemokratischen Parteien der Vorwurf erhoben wird, daß die deutsche Industrie die von ihr erwartete Kredithilfe zur Stärkung ihrer politischen Macht benutzen wollen, so ist das Problem der Kredithilfe auf die größten Schwierigkeiten geraten. Um dieselben zu beseitigen, hat nun allerdings der Reichskanzler Dr. Wirth am Donnerstag, den 17. November eine gemeinsame Besprechung zwischen den Vertretern der Industrie und den Vertretern der Gewerkschaften anberaumt, aber wenn der Reichsverband der deutschen Industrie seine Vorschläge inbezug auf die Umwandlung der Reichseisenbahnen in Privatbahnen nicht vollständig zurückzieht, so ist an eine Verständigung im bezug auf die Kredithilfe nicht zu denken, denn auch die Sozialdemokraten stehen in diesem Punkte in scharfer Opposition gegen die Stellung der Industrie, und das Reichskabinett wird die betreffenden Vorschläge dann auch deshalb ablehnen müssen, um eine neue Krisis im Reichsministerium zu beseitigen. Ohne die Mitwirkung der Mehrheitssozialisten ist zur Zeit eine Reichsregierung nicht möglich, und deshalb wird man wohl, wenn die Kredithilfe durch die Großindustrie scheitert, zu einer besonders großen Erfassung derjenigen Goldwerte, d. h. derjenigen Besitzwerte gelangen müssen welche durch die schlechte Valuta in ihrem Werte unversehrt geblieben sind, ja meistens noch riesige Steigerungen erfahren haben, wie man es in den letzten Wochen durch eine beispiellose Kurssteigerung aller Aktienpapiere und aller Grundstückswerte beobachten konnte.

Nachrichten vom Wolffbüro.

Das Ergebnis der Berliner Reise des bayrischen Ministerpräsidenten.

WTB. **München,** 14. November. Die Korrespondent Hoffmann meldet: Der bayrische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist aus Berlin zurückgekehrt. Er hatte bei seinem Aufenthalt in Berlin Gelegenheit, mit dem Reichskanzler und einer Anzahl von Reichsministern sich über die allgemeinen Fragen der inneren und äußeren Reichspolitik, dabei vor allem über die Bayern berührenden Angelegenheiten auszusprechen. Hier stand die Sorge um Maßnahmen gegen die Preistreiberei und Teurung sowie die Sicherstellung der Versorgung Bayerns mit Kartoffeln und Getreide im Vordergrunde. Dabei ist der bayerische Standpunkt in weitestgehendem Maße anerkannt worden. Was die in der Presse wiederholt erwähnten Verhandlungen über das Konkordat anbelangt, so ergaben sich diese aus dem Zusammentreffen der Reise des Nuntius mit der Reise des Ministerpräsidenten nach Berlin. Dabei handelte es sich lediglich um Vorbesprechungen über den Abschluß eines Reichskonkordats mit der Maßgabe, daß der Fortführung der Verhandlungen für ein selbständiges bayrisches Konkordat zwischen der bayrischen Regierung und der Kurie nichts im Wege steht.

Demokratischer Parteitag in Bremen.

WTB. **Bremen,** 14. November. Der deutsche demokratische Parteitag nahm mit großer Mehrheit folgenden Antrag an: Die Partei verurteilt die verwerfliche und agitatorische Ausnutzung der Flaggenfrage. Sie tritt für den Schutz der verfassungsmäßigen Flaggen ein und warnt, durch Fortsetzung des unfruchtbaren Streites die Geschlossenheit der verfassungstreuen Parteien zu gefährden. Einstimmig wurden zwei Entschließungen angenommen, deren eine gegen das oberschlesische Unrecht Einspruch erhebt, während die andere einen nationalen Gedenktag für die Kriegsopfer befürwortet.

WTB. **Bremen,** 14. November. Der deutsche demokratische Parteitag nahm zum Reichschulgesetz mit allen gegen eine Stimme eine Resolution an, derzufolge die nationale Einheitsschule das Ideal der deutsch-demokratischen Partei ist und bleibt. Die Gemeinschaftsschule erteile im Sinne der Verfassung Religionsunterricht, ohne Lehrer und Schüler zu diesem Unterricht oder zu kirchlichen Handlungen zu zwingen. Da dieser Charakter der Gemeinschaftsschule im Reichschulgesetz nicht genügend gewahrt werde, fordert die Partei, daß die Gemeinschaftsschule als Regelschule zweifelsfrei festzulegen ist. Nach Beratungen über Lohnsystem und künftiges Arbeitsrecht wurde der Parteitag geschlossen.

Attentat auf einen Abgeordneten der deutschen Volkspartei.

Wtb. **Frankfurt a. M.,** 17. November. Der Reichstagsabgeordnete Seibert (Deutsche Vp.) wurde nach einem Vortrag, den er in Planing gehalten hatte, auf dem Wege von Mainz nach Kreuznach von drei Personen überfallen und mit Stöcken mißhandelt. Er trug leichtere Kopfverletzungen davon, sein Begleiter mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Täter konnten entfliehen.

Die ewige Furcht Frankreichs vor dem vernichteten Deutschland.

Wtb. **Paris,** 17. November. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Washington: Briand werde sich am 26. November an Bord des Dampfers Paris nach Frankreich einschiffen. Am Montag werde er der Konferenz den französischen Standpunkt hinsichtlich der Abrüstung zu Wasser und zu Lande unterbreiten. Er werde dartun, daß Frankreich auf die natürliche Grenze des Rheins verzichtet hätte angesichts des geplanten Garantievertrages der drei Mächte, der aber nicht zustande gekommen sei, und daß Frankreich daher gezwungen sei, seine Armee zum Schutze seiner nur ungenügend gesicherten Grenzen beizubehalten. Da die Beibehaltung der jetzigen Flottenstärke von den befreundeten Nationen als unerläßlich anerkannt worden sei, so sei die Aufrechterhaltung der Landstreitkräfte mit Rücksicht auf das — wie die Agence Havas behauptet — feindselige Deutschland noch weit mehr begründet. Briand werde daher die Konferenz bitten, in aller Form anzuerkennen, daß die Sicherheit Frankreichs die Beibehaltung seiner Armee in der jetzigen Stärke erfordere.

Das demokratische Frankreich wird sich aus Furcht vor Deutschland an der Abrüstung nicht beteiligen.

Wtb. **Washington,** 17. November. Funkspruch. Associated Preß veröffentlicht eine Unterredung mit Briand, in der dieser sagt, Frankreich sei isoliert und in einer anderen Lage, als Amerika, England und Japan, wenn diese ihre Rüstungen zur See einschränken wollten. Diese Länder seien miteinander befreundet und wollten als Freunde unter sich die Rüstungen in einer gerechten und vernünftigen Weise einschränken. Frankreich stünde dagegen nicht in einem solchen Verhältnis zu Deutschland, deshalb müsse Frankreich die notwendigen Vorkehrungen für seine Sicherheit treffen. Deutschland sei in der Lage, sehr schnell fünf oder sechs Millionen Mann, die im Heere gedient haben, zu mobilisieren. Frankreich müsse darum in der Lage sein, eine genügende Truppenmacht aufzustellen, um eine schnelle Mobilmachung Deutschlands zu verzögern oder zu verhindern. Briand sagte, er werde sich in einer Rede über diese Fragen äußern, sobald Hughes ihm dazu Gelegenheit gäbe.

Loucheur über das Wiesbadener Abkommen.

Wtb. **Paris,** 17. November. Vor den Staatsausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten erschien gestern Loucheur, um Auskunft über das Wiesbadener Abkommen zu geben. Ueber die Sitzung wird folgender Bericht veröffentlicht: In Beantwortung der von verschiedenen Mitgliedern der beiden Kommissionen gestellten Fragen setzte der Minister auseinander, wie er sich das Funktionieren des Abkommens denke. Im Hinblick auf die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands vom 15. Mai 1921 also vom Londoner Ultimatum. Nach den Erklärungen Loucheurs entwickelte sich, wie der Matin berichtet, eine Debatte, in der die Frage gestellt wurde: Müssen wir Zahlungen in natura annehmen? Müssen wir diese Lieferungen mit den Interessen Deutschlands und den Notwendigkeiten unserer Industrie in Einklang bringen? Auf diese Fragen antwortete Loucheur bejahend. Er fügte hinzu, das Abkommen wäre unnütz, wenn es nicht die Zustimmung der Alliierten fände. Die Haltung der britischen Presse könnte den Glauben erwecken, daß einige Einwendungen seitens Englands gemacht würden. Heute aber habe Frankreich die Gewißheit, daß das nicht der Fall sei. Die britische Regierung scheine übrigens entschlossen zu sein, darüber nächstens eine Erklärung abzugeben. Das französische Parlament habe sich mit der Frage der Transportkosten und der Zollregelung für die deutschen Lieferungen zu beschäftigen. Loucheur soll auch erklärt haben, daß nach seiner Ansicht die Baisse der Mark bereits alle Voraussagungen überschritten habe, und daß jedenfalls eine Reaktion eintreten werde.

Der Reichslandbund gegen die preußische Regierungskoalition.

Berlin, 15. November. Die in Berlin tagende Vertreterversammlung des Reichslandbundes faßte folgende Entschließung:

Es besteht im Reiche die übereinstimmende Ueberzeugung, daß die Landwirtschaft mindestens eine der wichtigsten Grundlagen für den Wiederaufbau Deutschlands ist. Trotzdem besitzt sie im preußischen Kabinett nicht die Vertretung, die sie in Anspruch nehmen muß. Die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Landwirtschaftsministers geben dem Kabinett in seinen wichtigsten Posten vielmehr ein ausgesprochenes landwirtschaftfeindliches Gepräge.

Die bisherige produktionshemmend zum Teil demagogische Tätigkeit des Ministerpräsidenten Braun in gleicher Eigenschaft ist in der gesamten Landwirtschaft noch in ungünstiger Erinnerung.

Der neue Minister des Innern, Severing, erhob in seiner früheren Tätigkeit im gleichen Amt an die Stelle des Fachkönnens die Parteigesinnungstüchtigkeit zum Befähigungsnachweis. Die Früchte dieser Verwaltungsreform offenbarte am deutlichsten die Anteilnahme von Staats- und Kommunalbeamten am mitteldeutschen Kommunistenaufstand im März 1921, wodurch das Volk der betroffenen Gegenden schwere Verluste an Gut und Leben erlitt.

Der neue Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff wird im Handbuch der Nationalversammlung als „anerkannte Autorität in den Fragen der inneren Kolonisation, der Zollpolitik, der Landarbeiterangelegenheiten sowie der Wirtschaftspolitik" bezeichnet. Die Landwirtschaft kann in ihm jedoch nicht einen Einiger der Landwirtschaft und Förderer der Produktion erblicken. Seine demagogische Stellungnahme gegen die Berufsgenossen während der Zwangswirtschaft und insbesondere seine zerfetzende Tätigkeit als mecklenburgischer Ministerpräsident nach dem Umsturz haben ihm den Anspruch auf Vertrauen in der Landwirtschaft verwirkt. Der bisherige preußische Landwirtschaftsminister Dr. Warmbold war kein Parteimann, verfügte aber über ein hohes Fachkönnen und führte sein Amt in strenger Sachlichkeit. Die Landwirtschaft erkennt dies offen an.

Die Vertreter-Versammlung des Reichslandbundes wiederholt, daß die Landwirtschaft in der jetzigen Besetzung der für die Landwirtschaft wichtigsten Stellen des neuen preußischen Kabinetts nur ein gänzliches Verkennen ihrer Bedeutung im Rahmen des Vollganzen erkennen kann.

Arbeiter der Deutschen Werke bei Nollet.

Ueberreichung der deutschen Protestnote.

Die Vertreter des Gesamtbetriebsrats der Arbeiterschaft der Deutschen Werke in Spandau sind am Montag beim Chef der interalliierten Militärkommission, General Nollet, gewesen und haben ihm in längerer Besprechung die ganze Leidensgeschichte der Deutschen Werke geschildert, wobei besonders hingewiesen wurde auf die Zerstörungsnoten des Verbandes, deren Wirkungen in erster Linie die Arbeiter zu tragen hätten. Sie haben General Nollet auch nicht im Zweifel darüber gelassen, daß die gesamte Arbeiterschaft gegen jeden Vollzug der Zerstörungsnote äußersten Widerstand leisten würde.

General Nollet hat in seiner Erwiderung erklärt, daß er sich einer großen Anzahl der angeführten Beweisgründe gegenüber ablehnend verhalte und einen eingehenden Bericht an die Botschafterkonferenz erstatten wolle. Die Arbeiterschaft wird daher vorläufig die Entscheidung der Botschafterkonferenz abwarten, gleichzeitig hat auch die deutsche Regierung eine neue Note vorbereitet, die sich vor allem mit drei Punkten befaßt: mit der schon erwähnten Forderung der vollständigen Zerstörung des Werkes Wolfgang bei Hanau, mit der Einstellung der Fabrikation von Jagdsportwaffen in Erfurt und die Einstellung des Neubaues des Feinwalzwerkes in Spandau.

Zu dem Besuch der Arbeiterabordnung der Deutschen Werke beim General Nollet weiß der „Lokalanzeiger" noch mitzuteilen: Die Abordnung bedeutete General Nollet, daß das Verlangen der interverbündeten Kommission die gesamte deutsche Arbeiterschaft in höchste Erregung versetzt habe und daß man fest entschlossen sei, die geplanten Maßnahmen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern, da hier das Wohl von Zehntausenden deutscher Arbeiterfamilien bedroht sei.

Die deutsche Note.

Berlin, 15. November. Die deutsche Protestnote über die Deutschen Werke ist gestern dem Vorsitzenden der interverbündeten Militärkontrollkommission, General Nollet, überreicht worden. Außerdem wurde der deutsche Botschafter in Paris beauftragt, sie der Botschafterkonferenz zu übergeben. Sobald Meldung darüber vorliegt, daß dies geschehen ist, also vermutlich im Laufe des morgigen Tages, wird der Wortlaut veröffentlicht.

Gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbetriebe. Generalstreikdrohung des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Berlin, 17. November. Der Deutsche Eisenbahnerverband, in dem hauptsächlich die Werkstätten- und Bauarbeiter der Reichseisenbahn organisiert sind, hatte am gestrigen Bußtag nach dem Zirkus Busch eine Kundgebung gegen die Privatisierung der Reichs- und Staatsbetriebe einberufen. Das Hauptreferat hielt der Bevollmächtigte der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes, Schulz. Er erklärte, die Eisenbahn-Arbeiterschaft, die nicht wie andere Berufsgruppen die Revolution als eine Lohnbewegung betrachtet habe, sei nicht gewillt, den „Raubzug des Kapitalismus" bei der Eisenbahn zuzulassen. Er suchte den Nachweis zu führen, daß das Defizit bei der Eisenbahn lediglich auf die erhöhten Materialpreise zurückzuführen sei. Gewiß müsse die Defizitwirtschaft aufhören, das könne aber nur geschehen, wenn man statt Ministerialräte Techniker an die Spitze des Betriebes stelle. Im übrigen müsse ein Staatsbetrieb selbst auf die Gefahr eines Defizits hin möglichst viel Arbeitslose aufnehmen und in den Produktionsprozeß eingliedern. Die jetzt versuchte Privatisierung der Eisenbahnen bedeute einen Angriff auf das Betriebsrätegesetz und den Achtstundentag und müsse deshalb unbedingt abgelehnt werden.

Es wurde dann eine Resolution angenommen, in welcher die Versammelten energisch protestierten gegen die versuchte Enteignung und Auslieferung des Machtfaktors „Verkehr" an die Großindustrie. Die maßgebenden Gewerkschaften, Organisationen und politischen Parteien werden beauftragt, sofort alle Vorbereitungen zu treffen, um der Entstaatlichung der Eisenbahnen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Bei eventueller Durchführung dieses Privatisierungsplanes werden alle sofort mit dem Generalstreik antworten. — Hierauf zog die Versammlung nach dem Dönhoffplatz, wo ein Kommunist noch einmal erklärte, daß der Entstaatlichung der Reichsbetriebe mit allen Mitteln entgegengewirkt werden müsse.

Die Arbeiterschaft gegen den Kommunisten Malzahn.

WTB. **Erfurt,** 14. November. Die gesamte Belegschaft der Deutschen Werke, Werk Erfurt, protestiert in einer Entschließung gegen die Erklärungen des Abgeordneten Malzahn in der Reichstagssitzung vom 10. November. Es sei unwahr, daß im Werk jetzt oder nach dem Ausbruch der Revolution jemals Maschinengewehre angefertigt worden seien. Unwahr sei es auch, daß in derselben Zeit auch nur eine Patrone hergestellt worden ist. Am Schluß der Entschließung heißt es: Der Gesamtbetriebsrat bittet den Reichstag, Malzahn zu veranlassen, seine unwahren Behauptungen zu widerrufen.

Berlin, 15. November. Die „Freiheit" veröffentlicht eine Erklärung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Malzahn, die besagt, daß seine Aeußerung im Reichstag über die Herstellung von Waffen in den Betrieben der Deutschen Werke vom Zentral-Betriebsrat in Spandau mißbedeutet worden sei. Er habe nicht positiv behauptet, daß in den Spandauer Werken Kriegsmaterial hergestellt würde. Er nimmt an, daß die Mitglieder des Zentralbrtriebsrates das Opfer einer falschen Berichterstattung geworden seien.

Bedrohung der chemischen Industrie Deutschlands.

Berlin, 15. November. Der Berliner Berichterstatter der „Information" meldet seinem Blatte, es liege hier eine Nachricht aus Washington vor, nach der die englische und die amerikanische Regierung grundsätzlich übereingekommen seien, die Schließung der deutschen chemischen Betriebe zu verlangen, weil in ihnen giftige Gase und anderes Kriegsmaterial hergestellt würden. Diese Meldung deckt sich mit einer Nachricht, die die Deutsche Arbeitgebereizung veröffentlicht und aus der hervorgeht, daß General Nollet in seiner Note an die Interverbündete Militärkontrollkommission neue unerhörte Forderungen auf Abänderung und Erweiterung der Reichsgesetze über die Herstellung von Kriegsmaterial aufgestellt hat. Am Schluß dieser Note wird ein Verbot von Gegenständen oder Stoffen gefordert, die unter dem Gesichtspunkt herstellt sind, daß sie der Fabrikation von Kriegsmaterial dienen könnten, unter welchem Begriff auch z. B. Hemdentuche fallen können, weil man sie jederzeit zu Soldatenhemden verarbeiten kann.

Sollte sich die Meldung der Information bestätigen — und bei unseren früheren Gegnern ist heutzutage alles möglich — so sind gerade Amerika und England die ungeeignetsten Verfechter dieser Forderung. Ging doch kürzlich wieder durch die Presse eine beglaubigte Darstellung erfolgreicher Versuche amerikanischer Militärchemiker, die ein neues Kampfgas erfunden haben, gegen das das berüchtigte Gelbkreuzgas des Weltkrieges fast wie Ozon bewertet wird. Es soll sich um ein Gas handeln, von dem nur wenige Kubikdezimeter genügen, den lebenden Organismus in einem Umkreise von 100 Kilometer sofort zu töten. Daß bei dem unaufhörlichen Durchschnüffeln aller unserer Industriewerke auch nur in einem versteckten Laboratorium neue Kampfgase entdeckt und hergestellt werden, ist ein derart törichter Gedanke, der nur aus Angst geboren ist, daß es jedes weitere Wort darüber nicht verlohnt. Bei einer Schließung unserer chemischen Werke würden außerdem die Amerikaner am schlechtesten fahren. Sind sie doch im hohen Maße auf die Erzeugnisse unserer pharmazeutischen und Farbenindustrie angewiesen.

Politik und Wirtschaft.

Berlin, 15. November. Nach der Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune" haben führende amerikanische Finanzleute an den Senat und die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der angesichts des rapiden Sturzes der deutschen Mark das Ersuchen gestellt wird, auf der Washingtoner Konferenz auch die finanziellen Fragen und die Konsolidierung der Markwährung zur sofortigen Beratung zu stellen. Diese Forderung ist aus der Erkenntnis heraus geboren, daß bei der heutigen, durch den Abschluß des Weltkrieges hervorgerufenen Lage der weltpolitischen Umstände Politik und Wirtschaft nicht mehr voneinander zu trennen und unlösbar miteinander verknüpft sind, worauf auch die Abrüstungskonferenz in Washington, die der ganzen Weltpolitik ein neues Angesicht verleihen soll, gebührende Rücksicht zu nehmen hat.

*

Die Behandlung, die Deutschland heute von den früheren Gegnern erfährt, ist nach dem Ausspruch eines leitenden Ententestaatsmannes lediglich die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Wenn die Washingtoner Konferenz in der Tat ein Weltfriedensprogramm aufstellen will, muß sie auch diesen gegen Deutschland geführten, verschleierten Krieg aus der Welt schaffen. Das kann sie nur, indem sie den oben genannten Vorschlag der amerikanischen Finanzleute annimmt und ihr Augenmerk darauf richtet, Deutschland aus seiner wirtschaftlichen Niederlage durch gemeinsame Mittel wieder emporzuziehen. Nicht nur die Flotten müssen abgerüstet werden, sondern auch die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, die heute eine furchtbare Waffe in den Händen unserer Gegner sind. Diese Erkenntnis wird sich allmählich in Deutschland festsetzen und erweitern müssen.

Kommunalwahlen im Reiche.

Der Ausfall der Kommunalwahlen hat an verschiedenen Stellen höchst bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt. Hervorzuheben ist dabei z. B., daß in Dresden die bisherige sozialistische Mehrheit gebrochen wurde. Auch die Stadtverordnetenwahlen in Leipzig zeigten bei einem erbitterten Wahlkampf schließlich nur einen knappen Sieg der sozialistischen Parteien bei einem auffälligen Stimmrückgang der Demokraten um mehr als 50 v. H. und einem erheblichen Stimmenzuwachs der Kommunisten. Ueberaus erfreulich ist das Wahlergebnis in Schwerin, wo auf die bürgerliche Einheitsliste 11547 Stimmen entfielen. Die bürgerlichen Parteien erhalten demnach 28 Sitze, während die Demokraten sich mit 4, die Sozialdemokraten mit 15, die Unabhängigen mit 1 und die Kommunisten mit nur 2 Sitzen begnügen müssen. Auch in Koburg siegte die Vereinigte bürgerliche Liste gegen die Sozialdemokraten. Etwas anders gestaltete sich das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Lübeck, wo das Verhältnis von Bürgerlichen zu Mehrheitssozialisten 36 zu 40 beträgt, sich also das Verhältnis, das früher 38 zu 42 betrug, nur um ein geringes verschoben hat.

Die kommende Erhöhung der Postgebühren.

Die von einer Berliner Zeitung veröffentlichten Einzelangaben über die vom 1. Januar 1922 ab in Aussicht genommenen neuen Postgebührensätze sind nach amtlicher Mitteilung richtig wiedergegeben.

Das Ergebnis der Sammlung für Oppau.

— Die für die Hilfsaktion für Oppau eingeleiteten Sammlungen haben bisher einen Gesamtbetrag von 400 Millionen Mark ergeben.

Der Versailler Vertrag und die deutsche Ueberseeschiffahrt.

Mit berechtigtem Stolz durften wir im Verlauf der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege auf die Entwicklung unserer Handelsschiffahrt blicken. Der Bestand der deutschen Seeschiffe stieg von 3553 Einheiten mit 1433414 Netto-Register-Tonnen Inhalt und einer Besatzung von 40449 Mann im Jahre 1892 auf 4935 Einheiten mit 33200071 Netto-Register-Tonnen Inhalt und 83898 Mann Besatzung im Jahre 1914. Bereits während des Weltkrieges verloren wir durch Beschlagnahme unserer in ausländischen Häfen liegenden Ueberseeschiffe einen beträchtlichen Teil unserer Handelsflotte. Das Versailler Diktat hat unsere Handelsflotte dann völlig vernichtet. Unsere Gegner zeigten in den Auslieferungsmaßnahmen (Anhang 3 zum VIII. Teile des Friedensdokumentes) deutlich, worum es ihnen im Grunde zu tun war: nämlich um die restlose Zertrümmerung des deutschen Handels. Von Deutschland wurde verlangt: die Auslieferung aller fertigen oder im Bau befindlichen Handelsschiffe von 1600 und mehr Register-Tonnen, ferner der Hälfte aller fertigen oder im Bau befindlichen Handelsschiffe von 1000 bis 1600 Tonnen. Außerdem soll Deutschland seine Schiffsneubauten jährlich bis zu 200000 Tonnen Gesamtinhalt den Alliierten ausliefern. Diese Lieferungen werden Deutschland auf Reparationskonto laufend gutgeschrieben. Wie diese Verrechnung indessen von unseren Gegnern gehandhabt wird, zeigt der 222. Sitzungsbericht der Pariser Wiedergutmachungskommission, nach welchem Deutschland die bis zum 1. Mai d. Js. abgelieferten 2153407 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum mit nur 745 Millionen Goldmark gutgeschrieben werden. Diese Berechnung traf jedoch nur die auf Grund der Auslieferungsbestimmungen den Alliierten übergebenen, nicht jedoch die in den feindlichen Häfen schon früher beschlagnahmten, zum Teil besonders großen Ueberseeschiffe. Sie ist daher lückenhaft und rechtswidrig. Der deutsche Schiffsraum beträgt zur Zeit, abgesehen von eingen neugebauten und unter großen geldlichen Opfern zurückgekauften Schiffen, nur etwa eine Million Tonnen. Die Dampferflotte allein weist sogar nur 0,5 Millionen Tonnen auf.

Desto erfreulicher ist es, daß unsere großen Schiffahrtsgesellschaften danach streben, die deutsche Flagge wieder zur Geltung zu bringen und sie auch an fernen Küsten wieder regelmäßig zu zeigen. So nimmt, wie kürzlich verlautbart wurde, der **Norddeutsche Lloyd** im Anfang des nächsten Jahres die unmittelbare Verbindung mit den **Vereinigten Staaten von Amerika** wieder auf und hat zu diesem Zweck von Neujahr ab in Newyork wieder eine eigene Lloyd-Vertretung eingerichtet. Eigene Passagierdampfer des Norddeutschen Lloyd werden im Februar 1922 den Dienst Bremen-Newyork wieder aufnehmen. Außerdem hat diese Schiffahrtsgesellschaft beschlossen, den Frachtdampferdienst von Bremen nach Brasilien, den sie bereits seit September 1920 mit zwei eigenen Dampfern betreibt, durch Einstellung ihres neuen auf der Stettiner Vulkanwerft erbauten Dampfers „Minden" zu erweitern, der am 14. Dezember zum ersten Mal von Bremen nach Rio de Janeiro und Santos abgeht und auch zur Beförderung einer kleinen Anzahl von Passagieren eingerichtet ist. Auch die Wiederaufnahme des Schiffahrtsdienstes mit eigenen Schiffen nach Ostasien (von Hamburg und Bremen über Rotterdam nach Singapore, Hongkong, Shanghai, Kobe und Yokahama) kündigt der Norddeutsche Lloyd für die nächste Zukunft an. — Einer Meldung der „Chicago Tribune" zufolge bereitet sich auch die **Hamburg-Amerika-Linie** vor, wieder einen regelmäßigen Schiffsdienst nach Asien einzurichten; sie ist zu diesem Zweck mit der Ellimann- und Holt-Gesellschaft in Verhandlungen eingetreten. In friedlichem Wettbewerb mit den genannten Schiffahrtslinien steht endlich auch die von Stinnes finanzierte Gesellschaft, die in letzter Zeit einen bemerkenswerten Aufschwung genommen hat. Diese trägt sich mit der Absicht, die Schiffsverbindungen nach Südamerika aufzunehmen, und den Bau einer Transportflotte, die dem Oeltransport nach Argentinien dienen soll, in die Wege zu leiten. — Das Wiedererwachen der deutschen Ueberseeschiffahrt ist ein starker Beweis für deutsche Tatkraft und deutsche Beharrlichkeit und wird sicherlich auch in der gesamten Kulturwelt als solcher gewertet werden.

Schwierigkeiten für die Zahlung der Januarrate.

Berlin, 17. November. In unterrichteten Kreisen ist man sich völlig klar darüber, daß wir, wenn die Aktion der Industrie nicht zum Ziele führen sollte, kaum werden in der Lage sein, die nach dem 15. Januar fällige Rate aufzubringen. Es wäre dann bereits der von den Rechtsparteien und den maßgebenden Wirtschaftskreisen bei den Verhandlungen über das Ultimatum prophezeite Zustand eingetreten, in dem wir erklären müßten, daß wir nicht imstande sind, den uns aufgezwungenen Verpflichtungen nachzukommen.

Folgen erbärmlicher Waffenschnüffler und Angeber.

Dresden, 17. November. Einen kaum glaublichen Uebergriff hat sich die interalliierte Kommission in Dresden, deren Aufgabe auch die Suche nach versteckten Waffen ist, geleistet. Auf Grund einer Denunziation forderte sie in die Rockstroh-Werke in Heidenau eindringen und gewisse Gebäudeteile sprengen lassen zu können, um nach Waffen zu suchen. Nicht nur die Werkleiter, sondern auch die Arbeiter des Werkes haben sich mit erfreulicher Entschiedenheit dagegen gewandt. Letzten Endes ist dieses Vorgehen nur die Frucht der Hetze und der sogenannten Enthüllungen des unabhängigen Ministers Lipinski in Sachsen, die er seit Monaten unentwegt betreibt.

Der Rhein als deutsches Symbol.

Von Peter Christop.

Gelegentlich des demokratischen Parteitages in Bremen sprach der Reichstagsabgeordnete Pfarrer Korrell in einer Versammlung zu der daselbst demokratischen Jugend. Er fand dort außerordentlich eindringliche Worte, die der deutschen Jugend und dem deutschen Volke von den Leiden und Nöten der rheinischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten erzählten. Er zählte all die Mittel auf, die Frankreich benutzt, um das Rheinland vom deutschen Reiche abzutrennen. Er zeichnete den Staatsstreich des Dr. Dorten, der zu einer selbständigen rheinischen Republik führen

sollte, in Wirklichkeit aber als Abhängigkeitsstaat unter dem Regime französischer Bajonette gedacht war. Abg. Korrell hob mit Recht hervor, daß das Rheinland heute französisches Land wäre, wenn die sozialistischen Arbeiter so wenig nationale Gesinnung hätten, wie man ihnen oft nachsagen möchte, wenn demokratische Beamte und Lehrer seinerzeit nicht in den Abwehrstreik getreten wären.

Der Redner ging weiter auf die Rheinzollgrenze ein, die letzten Endes nichts anderes bezweckte als die Abtrennung der Rheingebiete von Deutschland. Der dritte Versuch wäre angekündigt durch die französische Politik im Saargebiet. Die gewaltsame Einführung der Frankenwährung dort soll den wirtschaftlichen Anschluß des Saargebiets mit dem nachfolgenden politischen Anschluß bezwecken. Die französische Politik geht zweifellos darauf hinaus, nach dem Saargebiet sich mit besonderer Tatkraft dem Rheinland zu widmen, da Frankreichs Ziele, den Rhein als Frankreichs Grenze zu erlangen, täglich deutlicher in Erscheinung treten.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen des Abg. Korrell über den Rheinstrom, den er als das Symbol des deutschen Volkes darstellte. Seine Quellen liegen in den Bergen, als Mann tritt er in die oberrheinische Tiefebene, durchsägt die Bergmassen, die sich ihm entgegenstellen, um seine Bestimmung zu erfüllen, seinen Lauf ins Weltmeer zu nehmen. Dem Rhein vergleichbar sei das deutsche Volk, das seine heimlichen Quellen erkennen muß, das sich durch den ungeheuren Berg der Not hindurchzwingen muß, um zu neuem Aufstieg zu kommen

Die Worte des rheinischen Abgeordneten, die hier nur andeutungsweise wiedergegeben worden sind, sind wert, daß sie im ganzen deutschen Volke gehört und beachtet werden. Die vielen Nöte und Sorgen, die das deutsche Volk bedrücken, lassen gar zu leicht vergessen, daß heute der Rhein nicht mehr der freie deutsche Rhein genannt werden kann, da gewaltige Heere uns bisher feindlicher Staaten seine Ufer besetzt halten und ihre Vorposten darüber hinaus weit in deutsches Land vorgeschoben haben. Es wird zu leicht vergessen, daß diese Tatsache außerordentlich schwere Bedrückungen und Lasten für die Bevölkerung des Landes mit sich gebracht haben, für das der Vertrag von Versailles eine Besetzung von 5—15 Jahren vorgesehen hat. Es wird vergessen, daß die Lasten und Nöte, die das deutsche Volk in den besetzten Gebieten zu erleiden hat, doppelt und dreifach schwerer sind als diejenigen in den unbesetzten Gebieten, daß das Deutschtum in den von Deutschland abgetretenen Gebieten einen Verzweiflungskampf führt um deutsche Kultur, deutschen Geist und deutsche Art. Sich des Rheinstroms erinnern, heißt, sich all der deutschen Brüder und Schwestern erinnern, die nicht frei sind in ihrem Handeln und Denken. Es gibt in den heutigen Tagen zahlreiche Deutsche, die kleinlich werden angesichts der Ungewißheit der Zukunft. Sie denken nicht daran, daß ihre Sorgen klein sind im Verhältnis zu den Sorgen in den besetzten und abgetrennten Gebieten. Und leider gibt es sehr zahlreiche Kreise, die nur an das eigene Wohlergehen denken, die schwierige Situation des Vaterlandes ausnutzen zu ihrem eigenen Besten und nicht daran denken, daß sie damit die Leiden der Bevölkerung in den besetzten und abgetrennten Gebieten verschärfen und verlängern. Und leider vergessen es so überaus viele, daß zum Wiederaufstieg des Vaterlandes uns vor allem eines fehlt, nämlich die Einigkeit in dem Willen und die Einigkeit in dem Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes.

All diesen Kreisen sollte der Rhein das Symbol deutscher Kraft, deutscher Einigkeit und deutscher Zukunft sein. Wie sich der Rhein aus den zahlreichen Quellen zum gewaltigen Strom entwickelt, der den Ruhm deutscher Größe und deutschen Geistes hinausträgt in die Welt, so muß das deutsche Volk durch einiges Zusammenstehen und Zusammenhalten bei den Fragen, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit angehen, den Willen bekunden, in der Welt wieder deutschen Geist zur Geltung zu bringen. Dieser Wille kann sich jedoch nicht durchsetzen, wenn wir Teile unseres Volkes vergessen, die ihren Willen nicht frei bekunden dürfen. Das deutsche Volk muß für die Bevölkerung der besetzten Gebiete mehr denn bisher eintreten, es muß sich ihrer Leiden und Nöte annehmen und sie zu mildern suchen, damit die Zeit nicht ferne ist, wo der Rhein wieder der deutsche Rhein und das deutsche Volk wieder das freie deutsche Volk sein wird.

Der Löwe.

Ein Löwe lag vor seiner Höhl'
Gar krank und lebensmürde,
Besaß beim ganzen Tiergeschlecht
Viel Furcht und wenig Liebe.

Und alle Tiere, groß und klein,
Sah'n seine Augen brechen
Und strömten zahlreich zu ihm hin,
Um sich an ihm zu rächen.

Man spie ihm in das Angesicht,
Man schlug ihn mit den Füßen,
Daß er einstmals ihr König war,
Ließ man ihn bitter büßen.

Und wehrlos lag der Löwe da,
Er konnt sich nicht verteid'gen
Er, der der Tiere König war,
Ließ schmachvoll sich beleid'gen.

— — — — — — — — — — — —

Der Löwe bist Du, Vaterland,
Vor dem man sonst gezittert,
Und gegen das die ganze Welt
Einst kämpfte haßerbittert.

Jetzt, wo entschwunden diese Zeit
Und Deines Glückes Stunden,
Da schlagen Dir die Feinde all'
Gar tiefe, blut'ge Wunden.

Und blutend läßt Du, Vaterland,
Entehren Dich, entweihen,
Du kannst Dich wehren nicht, jedoch
Ins Antlitz ihnen speien.

Alfons Schubert, Creuztthal, Kr. Oppeln.

Doppelte Erhöhung der Postgebühren.

Der Verkehrbeirat hat vor einem Monat die neuen Gebührenvorschläge der Reichspostverwaltung, die z. B. für einen Brief im Fernverkehr 1 Mk. betrugen, beraten, und man rechnete mit der Inkraftsetzung der neuen Gebühren etwa zum 1. Dezember, wenn die Vorlage vom Reichsrat und Reichstag genehmigt wäre. Nun sind jedoch inzwischen, wie die „Vossische Ztg." erfährt, viel weitergehende Beschlüsse nötig geworden, die die vom Verkehrsbeirat in der Sitzung vom 12. und 13. Oktober vereinbarten Gebührensätze im allgemeinen noch um weitere 50 v. H. erhöhen, sodaß die Sätze gegen die jetzt geltenden ungefähr verdoppelt werden.

Diese von der Reichsregierung bereits beschlossene Neuerhöhung wird mit der durch die steigende Teuerung inzwischen notwendig gewordenen beträchtlichen Erhöhung aller Kosten begründet, die eine Mehrausgabe der Postverwaltung von jährlich $3^{3}/_{4}$ Milliarden notwendig machten. Damit folgt die Reichspostverwaltung dem Beispiel des Reichsverkehrsministeriums, das seine Gütertarife schon zum 1. Dezember, die Personentarife zum 1. Januar ebenfalls um 50 v. H. erhöht. Die neue Gesetzesvorlage bedarf allerdings noch der Zustimmung des Reichstages.

Sie bedeutet z. B. für die Postkarte im Ortsverkehr eine Verzwölffachung, im Fernverkehr sogar eine Verzwanzigfachung gegen die Friedenssätze; die Ortsbriefe verteuern sich sogar um das 20- bis 30fache, im Fernverkehr durchschnitlich um das 15fache. Auch die Drucksachen sind durchschnittlich um das 15fache verteuert. Bei Postanweisungen erreicht die Erhöhung allerdings nicht ganz die zehnfache Gebühr. Sehr stark sind auch die Nebengebühren erhöht worden; Eilboten kosten im Ortsbestellbezirk 3 Mk. gegen 25 Pfg. im Frieden. Die Einschreibgebühr beträgt 2 Mk., gegen 20 Pf. im Frieden; die erst nach dem Kriege eingeführte Zuschlaggebühr für postlagernde Sendungen wird auf 50 Pfg. erhöht. Im Postscheckverkehr wird die Gebühr für Zahlkarten ebenfalls erhöht, und zwar kosten Zahlkarten bis 100 Mk. 75 Pf., bis 500 Mk. 1,50 Mk., bis 1000 Mk. 2 Mk. usw. Telegramme 75 Pf. das Wort, mindestens 7,50 Mk. für ein Telegramm.

Amtlich wird über die Erhöhung der Gebühren folgendes berichtet:

Berlin, 12. November. Wie früher berichtet wurde, hat das Reichspostministerium Mitte Oktober mit dem Verkehrsbeirat über die Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgebühren verhandelt. Dabei wurde über Post- und Telegraphengebühren Einverständnis erzielt. Die Erhöhung der Fernsprechgebühren hielt der Verkehrsbeirat für verfrüht, ohne aber an den in Aussicht genommenen Gebührensätzen etwas zu ändern. Inzwischen ist die neue Besoldungsordnung eingetreten, die mit der Lohnerhöhung und der Steigerung der Materialpreise einen neuen Jahresfehlbetrag von $3^{1}/_{4}$ Milliarden Mark hervorruft. Die Reichsregierung konnte es angesichts dieser Sachlage bei den ursprünglich geplanten Gebührensätzen, bei deren Einführung schon $1^{3}/_{4}$ Milliarden Mark ungedeckt geblieben wären, nicht bewenden lassen und hat deshalb beschlossen, diese Gebührensätze um 50 v. H. zu zu erhöhen. Demzufolge ist im Vergleich zu der Vorkriegszeit bei der Berechnung der künftigen Gebührensätze statt des Verhälnisses 1 : 10 ein solches von 1 : 15 zugrunde gelegt worden. Diese Verhältnisrechnung wird indessen nicht bei allen Gebührenarten streng durchgeführt; zum Teil ist, wie beim Paketverkehr, eine mäßigere Steigerung vorgesehen.

Berlin, 14. November. Die Erhöhung der Fernsprechgebühren soll 80 v. H. betragen. Die Erhöhung soll spätestens am 1. Januar 1922 in Kraft treten.

— **Hauswirtschaftliche Neuheiten.** Das soll eine Neuheit sein? werden viele unserer Leserinnen ganz erstaunt fragen. Ist es nicht vielmehr ein guter alter Bekannter, dieses Waschmittel, das wir während der ganzen Kriegszeit so schmerzlich vermißten? Ja, das eine ist richtig, ohne daß das andere falsch ist. Erscheint doch Persil von Henkel erst seit kurzem wieder im Handel, und zwar wieder in Friedensqualität mit 30% Fettgehalt, so daß Seifenzusatz gar nicht nötig. Wie vor dem Kriege wird Persil in seiner heutigen, der einst so geschätzten Friedensqualität völlig gleichkommenden Zusammensetzung sich die Gunst unserer Leserinnen ebenso rasch wieder erringen, wie es diese vor dem Kriege in so hohem Maße besessen hat. Wäscht es doch ohne Arbeitskraft, ohne Zusatz von Seife und Soda durch einfaches Kochen die Wäsche rein und blendendweiß, verleiht ihr dabei guten frischen Geruch, wirkt stark desinfizierend und ist deshalb auch für Kinder- und Krankenwäsche ganz besonders zu empfehlen.

Arbeit adelt.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.
Copyright 1917 by Greiner & Comp., Berlin W. 30.
(Nachdruck verboten.)

20. Fortsetzung.

Nelly trug sich in der Art der englischen Kinderfrauen. Jedermann konnte in ihr die schlichte Dienerin erkennen. Die Art, wie Ellinor mit dieser Dienerin verkehrte, zeugte von einem ziemlich vertrauten Verhältnis zwischen Herrin und Dienerin. — Als läse Ellinor von Dr. Holms Gesicht dessen stille Verwunderung ab, sagte sie ruhig: „Unsere Hausdame war, ebenso wie mein Vater, unabkömmlich. So mußte ich mich mit Nellys Begleitung begnügen. Sie steht schon seit einem Vierteljahrhundert im Dienste meiner Eltern und hat uns Kinder auf den Armen getragen. Darum ist sie uns mehr als eine Dienerin." — Dr. Holm verneigte sich artig und kramte sein etwas mangelhaftes Englisch hervor, damit auch Nelly von seiner Erklärung der Umgegend während der Fahrt etwas verstehe. — Nelly gab sich unbekümmert ihren Bewunderungsausbrüchen hin. Dr. Holm mußte ein paarmal herzhaft über sie lachen. — So kamen sie in Lemkow an. Als der Wagen sich dem alten stattlichen Herrenhause näherte, sah Dr. Holm zu seinem Erstaunen Kuno von Lossow mit Gemahlin und Tochter auf der breiten Freitreppe stehen. Gitta hielt einen Blumenstrauß in der Hand. „Wer sind die Herrschaften, Herr Doktor?" fragte Ellinor leise. — Dieser sah mit einem feinen Lächeln in das hübsche, lebensfrische Gesicht der jungen Dame, die ihm so außerordentlich gut gefiel und ihm durch ihre ruhige, bestimmte Art imponierte. — „Das ist Ihr Oheim, Kuno von Lossow nebst Gemahlin und Tochter," erwiderte er ebenso leise. „Ich traf Herrn von Lossow vorgestern und sagte ihm, daß Sie heute eintreffen würden. Man scheint Sie feierlich begrüßen zu wollen, mein gnädiges Fräulein." — Es blitzte seltsam in den klaren, tiefblauen Mädchenaugen auf. Als Ellinor Dr. Holms Lächeln bemerkte, huschte auch um ihren Mund ein flüchtiges Lächeln. — Ihre Augen richteten sich nun scharf beobachtend auf die drei Menschen, die so feierlich an der Schwelle von Lemkow standen und ihr mit liebenswürdigem Lächeln und prüfenden Augen entgegensahen. — Dr. Holm stieg ab und half Ellinor aus dem Wagen, ehe Kuno von Lossow herbeigekommen war. Ellinor sprach erst einige freundliche Worte mit Nelly, um sie zum Aussteigen aufzufordern, bevor sie sich zu den Lossowern wandte. — Dr. Holm stellte vor. — Kuno von Lossow streckte seiner Nichte beide Hände entgegen. — „Sei willkommen in der Heimat, liebe Ellinor." — Frau Helene küßte Ellinor sogar auf die Wange und sagte einige liebenswürdige Begrüßungsworte. Gitta tat desgleichen, indem sie Ellinor den Blumenstrauß überreichte. — Dabei dachte Gitta, sehr unangenehm berührt, diese Ellinor sei viel zu hübsch für eine reiche Erbin. — Ellinor stand ruhig und aufrecht ihren Verwandten gegenüber. Sie fühlte instinktiv das Unwahre und Gemachte im Wesen dieser Menschen. Auch in ihrem Herzen regte sich nichts für sie. — „Ich danke euch sehr für diese Begrüßung, aber ihr hättet euch nicht bemühen sollen," sagte sie in ruhigem Ton — unfähig, ein wärmeres Empfinden zu heucheln, als sie im Herzen hegte. — Nelly stand mit großen, weitgeöffneten Augen hinter Ellinor und sah dieser Begrüßung verständnislos zu. — Frau von Lossow maß die Dienerin mit hochmütigem Blick. — „Es ist doch selbstverständlich, daß wir dich hier begrüßen, liebes Kind," sagte sie süßlich zu Ellinor. „Wir wußten von Dr. Holm, daß du ohne deinen Vater kommst; da ist es doch selbstverständlich, daß du mit uns nach Lossow kommst. Du kannst in Lemkow nicht allein wohnen." — Ellinor neigte das Haupt. — „Ich danke dir sehr, liebe Tante, aber ich habe von meinem Vater die Weisung erhalten, in Lemkow zu wohnen. Danach muß ich selbstverständlich handeln." — „Dein Vater wird es sicher richtig finden, daß du unsere Einladung annimmst," sagte Kuno hastig. — „Ich muß mich an seine Instruktionen halten, so lange er sie nicht widerruft," erwiderte Ellinor bestimmt. — Sie waren inzwischen in die große Halle getreten. Nelly ihrer Herrin stets auf dem Fuße folgend. Sie sah sich mit großen erstaunten Augen in der Halle um. — „Dein Vater wird dir jedenfalls bald andere Instruktionen geben, liebe Ellinor. Ich habe ihm geschrieben, seine Antwort kann jeden Tag eintreffen. Da ich ihm angeboten habe, seine Vertretung in Lemkow zu übernehmen, wird er selbstverständlich gern darauf eingehen. Du kannst dann in aller Ruhe und Behaglichkeit in Lossow leben, bis er kommt," sagte Kuno von Lossow. — Ellinor sah mit ernsten Augen in des Oheims Gesicht. — „Du hast meinem Vater geschrieben — jetzt endlich?" fragte sie kühl. — Kuno fuhr sich nervös glättend über den Scheitel. Ellinors Wesen irritierte ihn. — „Ja — hm — tjah — ich bin nicht früher dazu gekommen. Aber dieser Brief wird nun bald alles ändern, davon bin ich überzeugt. Du kannst also unbesorgt mit uns nach Lossow kommen." — Wieder ließ Ellinor den Blick groß und ernst auf ihm ruhen. — „Jedenfalls warte ich erst die Bestimmungen meines Vaters ab." — „Aber Kind, du kannst doch unmöglich allein in Lemkow wohnen?" rief Frau von Lossow. — „Warum nicht?" fragte Ellinor ruhig. — „Weil es sich nicht schickt." — Die junge Dame richtete sich stolz auf. — „Was mein Vater gutheißt, schickt sich ganz gewiß für mich, verehrte Tante. Außerdem habe ich meine alte Nelly bei mir." — „Eine Dienerin ist doch kein ausreichender Schutz für eine junge Dame." — Ellinor lachte. — „Keine Sorge — ich schütze mich selbst. Aber wir wollen doch nähertreten. Herr Doktor. Sie übernehmen wohl, bitte, die Führung, da ich mit den Räumlichkeiten des Hauses noch nicht bekannt bin." — Dr. Holm amüsierte sich köstlich über diese kleine Szene. Er war ganz entzückt von der selbstsicheren Ruhe und Bestimmtheit der jungen Amerikanerin. Er fing an zu begreifen, daß Fritz von Lossow wohl gewußt habe, daß er seine Tochter mit einem so schwierigen Amt betrauen könne. — Mit einer Verbeugung ging er voran. — Ellinor gab Nelly erst noch Weisung, sich in der großen Halle in einem Sessel niederzulassen und hier weiteres abzuwarten. Dann legte sie schnell ihr schwarzes Tuchjackett und das kleine schwarze Hütchen ab. Den Staubmantel hatte sie im Wagen liegen lassen. — Nun stand sie im fußfreien schwarzen Tuchrock und schwarzseidener Bluse vor dem Spiegel und lockerte mit raschen Griffen ihr Haar. Dann folgte sie, Nelly noch einmal zunickend, den anderen in das Besuchszimmer. — Ihre Bewegungen waren bei aller Grazie sicher und zielbewußt. Sie wandte sich nun, wie eine liebenswürdige Wirtin, an ihre Verwandten. — „Darf ich euch eine Erfrischung reichen lassen? Herr Doktor, Sie rufen mir wohl, bitte, den Diener herbei? Mit den Geschäften warten wir, bis wir allein sind. Sie haben doch Zeit? — Dr. Holm hätte am liebsten hell aufgelacht vor Vergnügen über die verdutzten Gesichter der Lossower und über das schneidige, energische Persönchen. Die Lossower schienen es noch gar nicht zu fassen, daß sie von der jungen Amerikanerin als Besuch behandelt wurden. Es fand sich für sie gar keine Gelegenheit, Ellinor zu begönnern. — Für eine Erfrischung dankten alle drei. Sie sahen entschieden beleidigt aus. — Aber die kluge Frau Helene bezwang sich. Im Stillen dachte sie freilich, diese Ellinor sei ein unglaubliches Mädchen, dem man erst noch mancherlei beibringen müsse, ehe es in die gute Gesellschaft passe. Aber des guten Zweckes wegen hieß es jetzt alle Schroffheiten vermeiden. Außerdem lag etwas im Wesen der jungen Dame, was zu Ausstellungen nicht gerade ermutigte. Sie trat merkwürdig selbstsicher und energisch auf. — So zwang sich Frau Helene zu einem Lächeln. — „Du willst also wirklich nicht mit nach Lossow kommen, Ellinor? Es ist schon alles zu deinem Empfang vorbereitet." — Ellinor wußte sich die Liebenswürdigkeit ihrer Verwandten nicht zu deuten; sie empfand nur, daß diese nicht echt war, nicht aus dem Herzen kam. — „Es ist sehr liebenswürdig von euch, mich aufnehmen zu wollen."

(Fortsetzung folgt.)

richtete Studienassessor Dr. Hassel—Berlin über die jüngste Tätigkeit des preußischen Philologenverbandes, namentlich in Besoldungsfragen usw., Professor Schneck—Breslau über die des Reichsbundes höherer Beamter. Ueber „spezielle Standesfragen" sprach dann Studienrat Dr. Schönfeld—Breslau und Studienassessor Dr. Schlaupner zur gegenwärtigen außerordentlich besorgniserregenden Anwärterfrage. — Nun folgten u. a. noch ein Vortrag des Studiendirektors Dr. Noack—Striegau über „Planwirtschaft in Preußen" und ein Bericht des Studienrates Dr. Pietsch—Waldenburg über die gegenwärtige Schulpolitik der Städte, sowie des Studienrates Dr. Sievers—Glogau über „Volkshochschule und Philologenschaft".

— **(Hilferuf aus Alt-Kosel.)** Alt-Kosel ist wohl derjenige Ort des oberschlesischen Abstimmungsgebietes, schreibt der dortige Pfarrer Melz — vor einigen Jahren Kaplan in der hiesigen katholischen Gemeinde und darauf Anstaltsseelsorger in Krüppelheim — welcher in dem letzten Aufstand am meisten gelitten hat. Zu den Leiden, die es mit den anderen Ortschaften teilte, widerfuhr ihr auch dies, daß ihm die Kirche durch Beschießung zerstört wurde. Die Zerstörung ist so groß, daß im Innern kein einziger Ausstattungsgegenstand ganz geblieben ist. Altäre, Kanzel, Orgel, Kreuzwegbilder, Bänke — alles ist ruiniert. Als Notkirche muß in Ermangelung eines anderen Raumes ein Tanzsaal dienen, der bei weitem die Kirchenbesucher nicht faßt. — Im weiteren bittet er herzlich, die Kirche aufbauen zu helfen. Von allen Seiten kämen Neugierige, das zerschossene Gotteshaus anzusehen. Der Anblick der Ruinen sei eine fortwährende Erinnerung an Bruder- und Völkerhaß. — Fürstbischof Cardinal Bertram unterstützt die Bitte des Pfarrers Melz um milde Gaben zur Wiederherstellung des ganz zerstörten Gotteshauses aufs wärmste. — Pfarrer Melz bittet, solche durch das Postscheck-Konto Nr. 53812 Breslau I an ihn gelangen lassen zu wollen. Auch ist zur Entgegennahme und Beförderung der Spenden die Geschäftsstelle der „Stadtblattes" gern bereit.

— **(Lichtspiele.)** Die größte Anerkennung seit Bestehen der Kinematographie, die je ein Film fand, ist zweifellos der gewaltige Natur- und Sportfilm: **„Das Wunder des Schneeschuhs".** Es ist eine Darbietung, die erst kurze Zeit die Lichtbühnen größerer Städte bieten. Herr Grimm, bestrebt, dem Publikum stets das Beste und Neueste vorzuführen, hat auch, ungeachtet der großen Kosten, diesen Film sich verschafft, der bereits heut — Freitag — rollt und noch bis nächsten Montag zur Vorführung gelangen wird. (Vergl. Inserat!) — Der Film „Wunder des Schneeschuhs" führt den Beschauer im Geiste aus den Forsten des Schwarzwaldes hinauf in das Gebiet der eisigen Jungfrau, in Welten, die von Millionen Menschen kaum hundert gesehen haben, in Welten, die nur dem Schneeschuh erreichbar sind und nur dann, wenn ein Mann darauf steht, der in allen ritterlichen Uebungen erfahren und gestählt ist. Männern mit so harten Muskeln und so starken Nerven, daß sie zur Aufnahme dieses großartigen Films vier Monate im Gebiet der Jungfrau weilen konnten, ist derselbe zu danken. Es sind die bekanntesten deutschen Meister des Schneeschuhs: Schneider (St. Anton) Dr. Baader und Dr. Villinger. Sie sind auch die Hauptdarsteller dieses Films. Ort der Handlung: Garmisch-Partenkirchen, Schwarzwald, Tirol und Schweiz (Jungfrau). — Was in dem Film gezeigt wird, übertrifft die erstaunlichste Phantasie; es sind wirklich „Wunder des Schneeschuhs". — An diesem Filme werden sich nicht nur die Erwachsenen erfreuen, sondern auch die Kinder werden an ihm ihre helle Freude haben. Der Regierungspräsident von Düsseldorf schreibt mit Bezug des Besuchs des Films seitens der Kinder dem Besitzer des Residenztheaters in Düsseldorf u. a.: „Habe mich persönlich überzeugt, daß sich dieser Film infolge seines vorzüglichen Inhaltes ganz besonders zu Jugendvorführungen eignet. Ich habe daher an alle Schulen das Ersuchen gerichtet, unbedingt die Vorführung des Films „Ods Wunder des Schneeschuhs" geschlossen zu besuchen." — Ein an den Rheinfilm—Cöln aus Solingen eingegangenes bezügliches Telegramm lautet: „Vor sämtlichen Lehrern Solingens und Umgebung sensationeller Erfolg. Stop, Kreisschulinspektor, veranlaßte alle Schulen . . . Andrang ganz enorm. Colard, Palasttheater". — Herr Grimm wird ebenfalls Jugendvorstellungen veranstalten und hat Herrn Kreisschulrat Schröter sowie die hiesigen Herren Schulleiter davon in Kenntnis gesetzt. — Weitere Telegramme: Heiligers & Co.—Düren: „. . . Pressevorführung glänzend verlaufen. Behörden, Schulverwaltung bewundern den schönen großen Film . . ." Union-Theater Radevormwald: „. . . Der Film brachte uns Kassen, wie noch kein Film vorher. Das Publikum, insbesondere Lehrerschaft, begeistert . . ." — Auf Grund des Vorstehenden darf wohl auch hier mit Sicherheit bei allen Vorführungen auf einen dichtbesetzten Saal gerechnet werden!

— **Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Bezirksgruppe Namslau.** Fünfzig Mark von Herrn Dr. Roth in Sühnesachen Tatschke gegen Knappstein fürs Oberschlesier-Hilfswerk erhalten.

— **Vortrag.** Auf den am Donnerstag, den 24. November d. Js., abends 1/28 Uhr in Grimms Hotel durch Vermittelung des Kreiswohlfahrtsamtes stattfindenden Vortrag des Herrn Professor Theodor Schube aus Breslau über **„Naturdenkmäler und Naturschutzaufgaben für den Kreis Namslau"** wird nochmals aufmerksam gemacht und dessen Besuch in Anbetracht der hohen Bedeutung für die Allgemeinheit jedermann bestens empfohlen.

Der Eintrittspreis beträgt 1 Mk. für Erwachsene und 50 Pfg. für Kinder von 12 Jahren ab.

Eröffnung der landwirtschaftlichen Schule.

Am 17. November, vormittags 9 Uhr, wurde die hiesige landwirtschaftliche Schule im Beisein der Herren des Kuratoriums eröffnet. Herr Landrat Dr. Jackisch gedachte hierbei der segensreichen und treuen Arbeit des verstorbenen Direktors Arndt und bat die Versammlung, sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Es folgte dann die Einführung des neuen Direktors. Herr Direktor Ocklitz sprach hierauf einige Worte über die Zwecke und Ziele der landwirtschaftlichen Schule.

— **Konzert des Mandolinen- und Lautenchors Oels.** Einen genußreichen Abend wird allen Freunden der Mandolinen- und Lautenmusik am Dienstag, den 22. November im Grimm'schen Saale geboten. Der Mandolinen- und Lautenchor Oels, der allen Besuchern der Veranstaltungen für Oberschlesien noch in bester Erinnerung sein dürfte, veranstaltet unter Leitung des Herrn G. Wilhelm ein Konzert. Chöre, Quartette, Duette und Einzelvorträge wechseln in bunter Reihenfolge, die im Verein mit den Erfolgen, die der Chor schon zu verzeichnen hat, zu der Hoffnung auf ein paar genußreiche Stunden berechtigen. Wie damals zur Spende für Oberschlesien, soll diesmal ein Teil des Reinertrages der Oppau-Spende zufließen. Da die Nachfrage nach Einlaßkarten voraussichtlich ziemlich stark sein wird, wird dringend empfohlen, sich die Plätze rechtzeitig im Vorverkauf bei Herrn Kaufmann Haesler hierselbst zu sichern.

— **Personalnachricht.** Herr Zahlmeister a. D. Fritz Watzlawik, früher im Dragoner-Regiment Nr. 8, ist unter Ernennung zum Steuersekretär beim Finanzamt (Finanzkasse) in Kreuzburg OS. angestellt worden.

Neuregelung der Bezüge der Ruhestandsbeamten u. Hinterbliebenen.

Wie uns von der Regierung in Breslau mitgeteilt wird, ist die Auszahlung der nach der Verordnung vom 2. September d. J. den Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen gewährten Teuerungszuschläge in vollem Gange. In Breslau selbst wird die Auszahlung in wenigen Tagen durchgeführt sein. In den übrigen Orten des Regierungsbezirks tritt durch die notwendige Ueberweisung an die Kreiskassen usw. eine geringe Verzögerung ein. Doch ist auch hier die Arbeit so gefördert, daß die Neuregelung der Bezüge der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen durchweg bis Ende November durchgeführt sein wird.

Ueber Zukunftsstaaten und Vergangenheit

spricht **am 25. November im Grimm'schen Saale** der bekannte Gelehrte Dr B. Schidlof. Das Wort „Zukunftsstaat" ist wohl Vielen geläufig, weniger bekannt dürfte es sein, daß es solche Zukunftsstaaten, zuminbest aber die Ideen zu solchen, schon zu allen Zeiten gegeben hat. Dr. Schidlof wird nun die Geschichte des Zukunftsstaates, also zugleich die Geschichte des Kommunismus vom unpolitischen, vom rein wissenschaftlich-geschichtlichen Standpunkt beleuchten und zeigen, wie alt die Ideen des Kommunismus sind, ihre Ideale besprechen und an der Hand zahlreicher Lichtbilder nachweisen, wie sich das kommunistische Ideal in der Wirklichkeit gestaltet hat und wieso es kommt, daß alle Zukunftsstaaten so bald wieder der Vergangenheit angehören. Der Beginn des überaus interessanten Vortrages, für den sich bereits ein lebhaftes Interesse kundgibt, ist auf 8 Uhr abends angesetzt.

— **Deutscher See-Verein.** Nachdem die vorder Hauptversammlung des Deutschen See-Vereins in Goslar an Reichsregierung und Reichskanzler gerichtete Bitte um Aufklärung der Schuldfrage ohne Erfolg geblieben ist, hat der Präsident des Vereins, Staatssekretär a. D. von Lindequist, das Ersuchen an die genannten Stellen mit folgender Begründung erneuert: Inzwischen hat das Unheil des erpreßten Schuldgeständnisses weitere Folgen gehabt. Unsere unersättlichen Gegner haben wider den klaren Wortlaut des Friedensvertrages von Versailles weiteres kerndeutsches Gebiet in Oberschlesien vom Reiche losgerissen und Polen zum Geschenk gemacht. Es ist offenkichtlich, daß sie einem wehrlosen Volke gegenüber, das sich nur unter dem Drucke der Gewalt zur Schuld am Weltkriege bekannt hat, keine Rücksicht mehr auf Recht und Vertragstreue zu nehmen für nötig halten und daß ähnliche Erpressungen folgen werden, bis das Deutsche Reich völlig zertrümmert ist. Die lange Reihe ihrer Handlungen vom Waffenstillstand in Spaa bis zum ungeheuerlichen Spruch von Genf läßt das mit Sicherheit erwarten.

Vergeblich ware es, auf die Hilfe anderer Völker zu hoffen, die, dem unsrigen wohlgesinnt, zur Hilfeleistung bereit wären. Der Hinweis unserer Feinde auf das deutsche Schuldbekenntnis würde sie verstummen lassen. So ist kein Wiederaufstieg und keine Rettung aus dem politischen und wirtschaftlichen Elend des deutschen Volkes denkbar, solange das Schuldbekenntnis nicht zurückgezogen und die Schuldlosigkeit Deutschlands vor der ganzen Welt bewiesen wird.

Der Kampf gegen die Zeitungen.

Die hohe Besteuerung, denen die Zeitungsanzeigen immer mehr in vernichtendem Maße unterworfen sind und die wir schon mehrfach zum Gegenstand scharfer Kritik gemacht haben, ist das Thema eines Artikels in der „Kölnischen Zeitung", in dem es u. a. heißt:

„Das Ende vom Liede ist aber auf jeden Fall, wie das schon so oft betont worden ist, die immer unaufhaltsamer hereinbrechende finanzielle Schwächung der Zeitungen. Daß der Zeitungsverlag zumal heute kein gewinnbringendes Unternehmen ist, wenn es in anständiger Weise betrieben wird, das dürfte jedermann, der sich nur einigermaßen einmal die Unkosten einer Zeitung veranschaulicht, klar sein. Zum Zeitungsverlag gehört ein oft recht schmerzlicher Idealismus, und nur die Liebe zu seinem Beruf läßt manchen Verleger heute noch beim Zeitungsverlag mit seinen Kapitalien bleiben. Wer nur ans Gewinnerzielen denkt, wird bald andere Betätigungsfelder sich suchen, wie das ja Beispiele genug verraten. Die bevorstehenden Papierpreiserhöhungen, die Heraufsetzung der gesamten Post- und Telegraphengebühren, die Lohnerhöhungen der Angestellten und Arbeiter beschleunigen das Unheil für die Zeitungen. Dazu kommt die Lage unserer Valuta, die die eigene Berichterstattung der Zeitungen aus den Verbandsländern fast unmöglich machen wird. Anstatt den Zeitungen zu helfen, die Arbeit im Interesse der Gesamtheit aufrechterhalten zu können, hilft der Staat mit, ihren Niedergang zu beschleunigen."

Sportberichte.

— **Stiftungsfest des Sportvereins Noldau.** Am vergangenen Sonntag feierte der Sportverein Noldau sein Stiftungsfest. Der Zeit entsprechend wurde von einer größeren Veranstaltung Abstand genommen. Am Nachmittag stieg ein Fußballwettspiel zwischen den beiden 1. Mannschaften von Noldau und Hennersdorf. Erstere konnten nach scharfem Kampf knapp mit 1:0 siegen. Herr Mosch vom M. T. V. Jahn Namslau leitete das Spiel in einwandsfreier Weise. Am Abend versammelten sich alle Sportsjünger nebst Angehörigen, sowie geladenen Gäste, im schön renovierten Ahmann'schen Saal, um noch einige Stunden gemütlich beisammen zu sein. Der rührige Vorsitzende des Noldauer Sportvereins, Herr Lehrer Rademacher, der bestrebt ist, den Sport in den Ortschaften unseres Kreises zu fördern, richtete an die Anwesenden treffliche Worte und dankte für die überaus rege Teilnahme. Im Anschluß daran verteilte er an die Mitglieder Preise, die s. Zt. bei dem Geländelauf von ihnen errungen wurden. Ein dreifaches „Sport Heil" schloß die markige Ansprache. Bei Gesang und Tanz verflogen die Stunden allzu schnell. Jedem Teilnehmer wird das Sportfest in angenehmster Erinnerung bleiben. Dem jungen Sportverein sei ein kräftiges

vivat, crescat, floreat

zugerufen. H. B.

— **Fußballsport.** Am Sonntag, den 13. d. Mts. fand in Brieg ein Gaurepräsantiopiel der Gaue Oels und Brieg statt. Vom S. C. Preußen wirkte Hergmann als Verteidiger mit und erledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit. Der Kampf endete unentschieden 4:4. — Das geplante Gaujugendspiel ist vom Gauvorstand abgesetzt worden. Leider! H. B.

Provinzielles.

Breslau. Der deutschnationale Jugendbund „Bismarck" feierte am Bußtag im dichtgefüllten großen Saale der Philharmonie in Gegenwart seines Schirmherrn, des aus Friedrichsruh herbeigeeilten jungen Fürsten Bismarck das Gedächtnis der für das Vaterland gefallenen Helden. Die begeistert aufgenommene Ansprache hielt Abgeordneter Laverrenz. Pfarrer Holstein weihte 27 schwarzweißrote Fahnen des Jugendbundes.

Heldengedächtnisfeier in der Jahrhunderthalle.

Der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge" veranstaltet auch in diesem Jahre am Totensonntag, den 20. November, nachmittags 3½ Uhr, in der Jahrhunderthalle in Breslau eine große Massengedächtnisfeier zu Ehren unserer gefallenen Helden.

Warnung vor Betrügerinnen.

Breslau, 17. November. Bei einer Gutsbesitzersfrau im Kreise sind vor kurzem zwei, von einer Breslauer Stellenvermittlerin angeblich zugewiesene Mädchen zwecks Arbeitsantritt erschienen und aufgenommen worden. Am nächsten Morgen verschwanden beide unter Aneignung von 700 Mk.

Die Mädchen, die wie folgt beschrieben werden:

1) Größe 1,60—165 m. Haare blond, Dirndelkleid hellrot, Bluse vierecktig ausgeschnitten mit Sammet besetzt, dunkler Mantel, schwarze Strümpfe und Halbschuhe, Alter 18—20 Jahre;
2) Größe 1,60—1,65 m. Haare schwarz, vorn Pannn, hinten kurz geschnitten, weiße Bluse mit Stickerei, schwarzer Rock, schwarze Strümpfe Halbschuhe, dunkler Mantel, Alter 18—21 Jahre,

gaben an, oberschlesische Flüchtlinge zu sein, werden jedoch wohl aus Breslau stammen.

Da der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß die Mädchen auch anderwärts auf diesem betrügerischen Wege sich Geld oder auch Sachen zu verschaffen suchen werden, wird vor ihrer Annahme gewarnt. Im Betretungsfalle ist die Polizei umgehend zu benachrichtigen.

Vorsicht vor Betrügern.

Immer wieder werden Vorfälle mitgeteilt, aus denen ersichtlich wird, daß Betrüger unter dem Vorgeben, für den oberschlesischen Selbstschutz zu sammeln, an Geschäftsinhaber und andere Privatpersonen herantreten, um von ihnen Geldmittel zu erhalten. Dazu teilt die Pressestelle beim Oberpräsidium mit, daß zu keiner derartigen Sammlung eine offizielle Genehmigung erteilt ist. Ein oberschlesischer Selbstschutz besteht nicht mehr. Es wird dringend vor der Unterstützung von Schwindlern gewarnt, die auf diesem Wege sich Geld zu verschaffen versuchen.

— Dem Verwaltungs-Ausschuß des Waldheims für lungenkranke Kinder in Freiburg i. Schles. ist eine Verlosung für Niederschlesien genehmigt worden. Es kommen 2582 Gewinne im Werte von 50 000 Mark, Hauptgewinn 25 000 Mk. usw. zur Verlosung. Lose zu 2,40 Mk., 11 Lose nur 25 Mk. empfiehlt und versendet die Lotteriebank A. Arndt, Breslau 5. (Siehe Inserat!)

— **Kürschners Universal-Konversations-Lexikon** ist soeben in sechster verbesserter und bis zur Gegenwart ergänzter Auflage (Berlin W. 9, Hermann Hilger Verlag) erschienen. In 60 000 Stichworten, die auf 1000 reich illustrierten Textseiten zusammengefaßt sind, gibt Kürschners Universal-Konversations-Lexikon schnellste und doch gründlichste zuverlässigste Auskunft. Zur besonderen Zierde gereichen dem Werke die mehrfarbigen ganzseitigen Kunstbeilagen mit Darstellungen aus der Naturgeschichte und Geographie.

Der niedrige Preis, gebunden in dauerhaftem Halbleinenband M. 70,—, in vornehmem dauerhaftem Glanzleinenband M. 85,—, gestattet auch dem Minderbemittelten die Anschaffung dieses in textlicher und illustrativer Beziehung hervorragenden Konversations-Lexikons.

Feinschmecker

Kirchliche Nachrichten.

Am Totenfest, 26. S. n. Trin., den 20. November 1921 predigen:
8 Uhr vorm. Pastor Peschel.
10 Uhr vorm. Pastor Fuhrmann.
5 Uhr nachm. Pastor Melz.

Mit den Gottesdiensten ist die Feier des hl. Abendmahls verbunden.

Kollekte zu Gunsten der Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen und für den Volksbund deutscher Kriegergräberfürsorge.

Montag, den 21. November 8 Uhr abends Bibelstunde Pastor Melz.

Freitag, den 25. November 8 Uhr abends religiöse Besprechung in der Herberge Pastor Peschel.

Vereins-Nachrichten.

Sonntag, den 20. November 8 Uhr abends Jugendverein in der Herberge.

Mittwoch, den 23. November 8 Uhr abends ev. Jungmännerverein in der Herberge.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche) Schützenstraße Nr. 6. Sonntag abends 8 Uhr Versammlung.

Katholische Vereins-Nachrichten.

Katholischer Jugend-Verein.
Sonntag nachm. 3 Uhr Versammlung in der Schule.

Standesamtliche Nachrichten.

Woche vom 12. bis 18. November 1921.

Es gelangten zur Anmeldung: 1 Aufgebot.
Es fanden statt: 4 Eheschließungen.
Sterbefälle: Am 12. die verw. Arbeiterin Karoline Selig geb. Roch aus Altstadt 79 Jahre alt. Am 15. der Kreisversicherungskommissar Max Krecker 63 Jahre alt. Am 16. die verw. Rentier Luise Reichelt geb. Wende von hier, 66 Jahre alt. Am 18 der Registrator und Invalidenhauspflegling Oskar Weise aus Breslau 31 Jahre alt im Krankenhaus der Barmh. Brüder.

Oeffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Montag, den 21. November 1921, abends 8 Uhr.

Vorlagen:

1. Pflasterung der deutschen Vorstadt.
2. Ausbesserung des Rinnsteins vor dem Grundstück Wilhelmstraße 13, ev. Kanalisierung der Wilhelmstraße.
3. Abtretung eines Stückes Gelände an der Stadtmühle.
4. Errichtung zweier Windfangtüren im Rathaus. (Kosten 4800 – 5000 Mk.)
5. Zaunbau am Friedhof Böhmwitz (Kostenanschlag 3295 Mk.)
6. Bewilligung von Mehrkosten für Handarbeitsunterricht.
7. Festsetzung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten.
8. Antrag auf Erhöhung der Unterstützung für Stadtarme.
9. Bewilligung der Kosten für das Scheuern der Schule.
10. Teilnahme an einem Kursus in Buchführung für städtische Betriebswerke und Bewilligung der Kosten.
11. Belassung der Mahngebühren an den Vollziehungsbeamten
12. Verpachtung des bisherigen Dienstlandes der Stadtförsterei.
13. Gesuch eines städtischen Angestellten um Gehaltsvorschuß.

Namslau, den 18. November 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Hirsch.

Wahlen zur Handelskammer Breslau

werden demnächst stattfinden.

Die **Wahlliste** für den die **Kreise Oels, Trebnitz, Militsch, Groß-Wartenberg** und **Namslau** umfassenden **Wahlbezirk IV** liegt in den Tagen von **Montag, den 21.** bis einschl. **Sonnabend, den 26. November 1921** während der werktäglichen Dienststunden sowohl in den **Geschäftsräumen** der **Landratsämter** der **Kreise Oels, Trebnitz, Militsch, Groß-Wartenberg** und **Namslau** wie auch im **Büro der Handelskammer, Breslau, Neue Börse, Graupenstr. 15** für die Beteiligten zur Einsicht aus.

Einwendungen gegen die Liste hinsichtlich ihrer Richtigkeit und Vollständigkeit sind bis zum **3. Dezember 1921** schriftlich **bei der unterzeichneten Handelskammer** anzubringen.

Breslau, den 15. November 1921.

Die Handelskammer.

Donnerstag, den 24. Nov. 1921, abds. 1/2 8 Uhr in Grimms Saal

Vortrag

des Herrn Professor Theodor Schube-Breslau
über
Naturdenkmäler und Naturschutzaufgaben für den Kreis Namslau.

Eintrittspreis für Erwachsene 1.— Mk., von 12 Jahren ab 0,50 Mk. Vorverkauf bei Herrn **Haesler**—Ring und **Heilmann**—Wilhelmstraße.

Kreiswohlfahrtsamt Namslau.
(Abteilung für Volksbildung- und Belehrung.)

Dienstag, den 22. November 1921, abds. 8 Uhr
findet im **Saale des Hotel Grimm** ein

Konzert

des Mandolinen- u. Lautenchors Oels
statt. — Leitung: **G. Wilhelm.**

Ein Teil des Reinertrages ist für die Oppau-Spende bestimmt.

Preise der Plätze: 1. Platz 6 Mk., 2. Pl. 4,80 Mk., Stehplatz 3 Mk. (einschl. Steuer.) — Vorverkauf bei Herrn Kaufmann **Haesler**, Ring.

Verkaufe:

Compl. Leinölschlägerei,

eine Leinsamenquetsche mit Hand- und Göpelbetrieb, **Presse, Kessel u. s. w.,** noch wenig gebraucht, alles noch in gutem Zustande.

Franz Grochol,
Carlsruhe OS., Karlstraße.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig

Deutsche Romane

zeitgenössischer Dichter

In dieser Sammlung sind folgende neue Bände erschienen:

Renaissance-Novellen von Johannes Boldt. Schön gebunden . 21 M.

Die Mauern von Trostenberg Ein Kleinstadtroman von Hans Friedrich. Schön gebunden . . . . . 31 M.

Der fremde Vogel Ein Frauenroman unserer Zeit von Friedel Akkerjent. Schön geb. 30 M.

Der Herr aus Java Eine heitere Liebesgeschichte von G. vom Vogelsberg. Schön geb. 23 M.

Auch diese neuen Bände sind Erzeugnisse einer innerlich starken deutschen Kunst und im höchsten Sinne „schöne Literatur".

Ausführliche Verzeichnisse kostenfrei durch jede Buchhandlung.

Zu haben in der **Buchhandlung O. Opitz.**

Hustenmittel

Emser-, Sodener-, Wiesbadener Mineraltabletten, Bonbons, Fenchelhonig

Nährmittel

Biomalz, Lebertran, Emulsion, Tropon, Sanatogen, Somatose, Nährdich-Präparate, Kufekes und Nestles Kindermehl, Hafermehl, Haferflocken.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich infolge **Wegzuges** von **Konstadt** mein

Baugeschäft

Bahnhofstr. 4, an Herrn Maurermeister **Albert Janik** und meinen bisherigen Gesellschafter, Herrn **Alfred Keich,** verkauft habe. Indem ich für das mir geschenkte Vertrauen bestens danke, bitte ich gleichzeitig, das Unternehmen meiner Nachfolger unterstützen zu wollen.

W. Scholz,
Maurermeister.

Im Anschluß an vorstehende Mitteilung empfehlen wir uns zur **Ausführung jeglicher Bauarbeiten, sowie zur Anfertigung von gerichtlichen Gutachten und Taxen.** — Das Geschäftslokal befindet sich im bisherigen Grundstücke, **Bahnhofstr. 4.**

Hochachtungsvoll

Janik & Keich.

Ich kann Ihnen nur empfehlen,

Ihren Weihnachtsbedarf in Zigarren, Zigaretten und Tabaken, sowie sämtlich. Rauchutensilien

schon jetzt einzudecken!

Noch finden Sie die **größte** Auswahl zu **alten** Preisen und in bekannter Güte in der

Raucher-Quelle

Inhaber: **Gustav Gaul,**
Wilhelmstr. 8. Tel. 183.

Bitte für das Krankenhaus zu Namslau.

An die Eingesessenen der Stadt und des Kreises richte ich die herzliche Bitte, den armen Kranken, welche das Weihnachtsfest auf ihrem Schmerzenslager verbringen müssen, zu einer kleinen Weihnachtsfreude behilflich sein zu wollen durch milde Beiträge an Geld, gebrauchten Kleidungsstücken usw. **Jede, auch noch so geringe Gabe** wird mit aufrichtigem Dank angenommen werden.

Im Namen der armen Kranken ergeht an alle mildherzigen Geber ein herzliches „Vergelt's Gott!"

Namslau, den 15. November 1921.

M. Mett,
leitende Diakonisse des Kreiskrankenhauses.

Die neuen

Ankerwerk Elektromotore siegen überall!

Für landwirtschaftliche Zwecke kompl. auf **Karren und Wagen** zu günstigen Preisen liefert sofort **ab Lager Breslau**

die Elektromotoren-Industrie Breslau 13
Neudorfstraße 50. Fernsprecher Ohle 1788.

Reperatur-Werstatt und Anker-Wickelei. Fordert sofort Preisliste.

Vertreten im Kreise Namslau
durch **H. Markusel,** Wilhelmstraße 4.

Besseres Restaurant

mit Saal, Garten, in guter Lage zu **kaufen gesucht.** Offerten an die Exp. d. Bl.

Jeden Posten

Wallnüsse

kauft **Walter Kahl,**
zur Friedenseiche.

Tennis-Vereinig.

Aushang
bei **Toebe.**

Namslauer Lichtspiele.

Grimm's Hotel.

Sonnabend, d. 19. November, 4 und 8 Uhr
Sonntag, 20. „ 3, 5 „ 8 „
Montag, 21. „ 4 „ 8 „

Der gewaltige Natur- und Sportfilm:

Das Wunder des Schneeschuhs.

Noch nie hat die gesamte Presse sich so uneingeschränkt in Worten der höchsten Anerkennung wie bei diesem Film geäußert.

Zu den Vorführungen vor 8 Uhr haben Kinder Zutritt.

Preise der Plätze: Sperrsitz 4, 1. Pl. 3, 2. Pl. 2 M. Kinder unter 14 Jahren: Sperrsitz 3, 1. Platz 1,50, 2. Platz 1 M.

Schulen des Kreises, welche die Nachmittag-Vorführungen geschlossen besuchen wollen, bitte sich vorher anzumelden.

Die Turn- und Sportvereine

werden besonders auf den Sportfilm:

Das Wunder des Schneeschuhes

aufmerksam gemacht.

Großer Lichtbilder-Vortrag

am Freitag, den 25. November, abds. 8 Uhr im Grimm'schen Saale

Aufklärung über den Kommunismus

von Dr. Schidlof-Berlin.

Preise der Plätze: 1. Platz (Sperrsitz) 3.— Mk.
2. „ (num.) 2.— „
3. „ (Stehplatz) 1.— „

im Vorverkauf bei Herrn **Haesler,** Zigarrengeschäft am Ringe bis 6 Uhr abends. An der Abendkasse, Eröffnung 1/2 8 Uhr, jeder Platz 50 Pfg. Aufschlag.

Die verehrlichten Einwohner von Stadt und Land werden hierzu ergebenst eingeladen.

Bürgerverein. Handwerkervereinigung. Kaufmännischer Verein.

Unpolitisch!

Jeden Sonnabend, früh von 9 Uhr

Eisbeine,

wozu ergebenst einladet

Frau E. Lang,
„Goldener Stern".

Weihnachten **naht und bietet die** Große

Geld-Lotterie

zur Wiederherstellung der Heil. Kreuz-Kirche in Schwäb.-Gmünd

Ziehung
23.-25. Novb. d. Js.

200000

Hauptgewinne: 60 000, 30 000, 20 000, 10 000 usw.

Lose z. Preise von Mk. 3.60 Porto u. Liste 2.— Mk. mehr. Gut sortiert versendet

Georg Lampe, Hamburg, Hammersteindamm 52.

Oberschlesier

sucht per sofort zu **kaufen**

Villa oder Landhaus, Zins- oder Gasthaus-Grundstück.

Offerten an die Exp. d. Bl.

Schlagleisten-Dreschmaschine mit Göpel, Siedemaschine, Nähmaschine, Fahrrad (Renner)

sofort zu verkaufen
F. Maleska, Schützenstr. 21.

Zu verkaufen:

Tadellos. Winterüberzieher.
Schulstr. 31.

Nebst 1 Beilage.